

Umwelt-Informationen

Saar-Unternehmen Vorreiter im Umweltschutz

Deutsche Industrie könnte 20 Prozent Rohstoffkosten sparen

Deutschland bei Umwelteffizienz auf Rang sieben

Chemikalienrecht - REACH veröffentlicht

EU-Umweltmonitor aktualisiert

UMWELTINFORMATIONEN

Nr. 1 / 2007

POLITIK UND RECHT	4
SAARLAND	4
<i>Saar-Unternehmen Vorreiter im Umweltschutz</i>	4
<i>Siedlungsabfälle-Bilanz 2005 veröffentlicht</i>	4
<i>Saarfische können unbedenklich gegessen werden –</i>	5
RHEINLAND-PFALZ	6
<i>Zeitplan für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie</i>	6
<i>Landesabfallbilanz Rheinland-Pfalz 2005</i>	6
<i>Sonderabfallwirtschaftsplan 2006</i>	6
BUND	7
<i>Statistiken zur EMAS-Beteiligung</i>	7
<i>EMAS: Geänderte Gebührenverordnung zum Umweltauditgesetz seit 12. Dezember 2006 in Kraft</i> ...7	
<i>Energieverbrauch legt leicht zu – Hohe Preise dämpfen Zuwachs – Erneuerbare steigern Beitrag</i>7	
<i>Deutschland bei Umwelteffizienz auf Rang sieben</i>	8
<i>AGQM: Besteuerung verringerte Biodieselabsatz</i>	8
<i>Durchführungsverordnung zum Biokraftstoffquotengesetz veröffentlicht</i>	9
<i>Solarstromindustrie: Exportraten von 70 Prozent in Sicht</i>	9
<i>Auch im Jahr 2006 Feinstaubbelastung vielerorts zu hoch</i>	9
<i>ISI: Deutsche Industrie könnte 20 Prozent Rohstoffkosten sparen</i>	10
<i>Neue Informationsdienste der BAuA erschienen</i>	10
<i>Chemikalien sicher befördern</i>	10
<i>Umweltbericht 2006 vorgelegt</i>	11
<i>Änderung der Kostenverordnung zum Elektrogerätegesetz</i>	11
<i>Verordnung über Ozonschicht schädigende Stoffe in Kraft</i>	11
<i>Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz und Öffentlichkeitsbeteiligungsgesetz in Kraft</i>	12
<i>Neue LAGA-Vollzugshilfe zur Nachweisverordnung</i>	12
<i>11. BImSchV: Abgabe von Emissionserklärungen neu geregelt</i>	12
EUROPÄISCHE UNION	13
<i>Chemikalienrecht</i>	13
<i>REACH in zehn Minuten</i>	14
<i>Umwelt: Grundwasser-Richtlinie verabschiedet</i>	14
<i>Energiestrategie: Parlament verabschiedet Bericht zum Grünbuch</i>	14
<i>Verbraucherpolitik: Neue Risikokategorien bei BSE-Vorschriften</i>	15
<i>Beste Verfügbare Techniken</i>	15
<i>EU-Umweltmonitor</i>	15
<i>Deutsche Beihilfen für umweltfreundliche Lkw gebilligt</i>	16
<i>Strengere Abgasnormen für Pkw</i>	16
NEUE VERFAHREN/PRODUKTE	16
FÖRDERPROGRAMME	17
RUBRIKEN	19
KURZ NOTIERT	19
VERANSTALTUNGSKALENDER	21
FÜR SIE GELESEN	22
RECYCLINGBÖRSE	27

Liebe Leserinnen und Leser,

die Nicolas-Stern-Studie zu den volkswirtschaftlichen Kosten der Erderwärmung und der alarmierende Report des UNO-Klimarates führen auch bei der EU-Kommission zu vielfältigem Aktionismus. So werden die Allokationspläne der Mitgliedstaaten zum CO₂-Handel scharf geprüft und das deutsche CO₂-Kontingent gekürzt. Der Automobilindustrie drohen strenge Zielvorgaben für den CO₂-Ausstoß und die deutschen Autobauer werden gescholten, weil sie angeblich die Hybridtechnik verschlafen haben und ihre Autos besonders viel CO₂ produzieren.

Die EU will den Klimaschutz mit aller Macht vorantreiben. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, den CO₂-Ausstoß bis zum Jahr 2020 um ein Fünftel unter den Wert von 1990 zu senken und den Anteil erneuerbarer Energien auf 20 Prozent des Gesamtenergieverbrauchs zu erhöhen. Die EU soll weltweit Vorreiter bei der Bekämpfung des Klimawandels werden. Deutschland soll das Zugpferd in der EU spielen. Diese Botschaft ist in Berlin prompt auf ein positives Echo gestoßen. Der Reflex folgt dabei einem altbekannten Muster: Berlin wird auf die Vorgaben aus Brüssel wieder einen „draufsetzen“ Doch eine Warnung ist angebracht: Europa allein kann die Welt nicht retten! Eine ambitionierte Klimapolitik wird nur dann erfolgreich sein, wenn sie in global wirksame Vereinbarungen eingebettet ist. Deutschland wird keinesfalls – wie bislang – alleine drei Viertel der europäischen Emissionsminderungen erbringen und die damit verbundenen Kosten tragen können. Und wenn Klimapolitik zu einer unverhältnismäßig teuren und unsicheren Energieversorgung führt, ist am Ende nichts gewonnen, denn eine geschwächte Wirtschaft ist auch ökologisch nicht leistungsfähig.

Arbeitsgemeinschaft der Industrie- und Handelskammern Rheinland-Pfalz und Saarland

Herausgeber:
Arbeitsgemeinschaft der
Industrie- und Handelskammern
Rheinland-Pfalz und Saarland

Ausgabe Saarland:
Industrie- und Handelskammer
des Saarlandes
Franz-Josef-Röder-Straße 9
66119 Saarbrücken

Ansprechpartner:
Dr. Klaus Gärtner
☎ (0681) 95 20-425
✉ (0681) 95 20-888
✉ klaus.gaertner@saarland.ihk.de

Dr. Uwe Rentmeister
☎ (0681) 95 20-430
✉ (0681) 95 20-888
✉ uwe.rentmeister@saarland.ihk.de

Diese Publikation enthält Links zu fremden Webseiten. Wir weisen darauf hin, dass die Seiten zum Zeitpunkt der Linksetzung frei von illegalen Inhalten waren. Auf Inhalte und Gestaltung der verlinkten Seiten haben wir keinen Einfluss. Wir machen uns die Inhalte aller verlinkten Seiten ausdrücklich nicht zu eigen und können für deren inhaltliche Richtigkeit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr übernehmen. Wir distanzieren uns zudem ausdrücklich von Inhalten aller verlinkten Seiten, die nicht mit den gesetzlichen Vorschriften übereinstimmen, Gesetze verletzen oder den guten Geschmack beleidigen. Diese Erklärung gilt für alle auf unseren Seiten aufgeführten Links und für alle Inhalte der Seiten, zu denen diese Links führen.

SAARLAND

Saar-Unternehmen Vorreiter im Umweltschutz

IHK: Bereits fünfzig Betriebe mit Umweltgütesiegel EMAS

Fünfzig Unternehmen im Saarland dürfen sich inzwischen mit dem Umwelt-Gütesiegel „EMAS“ schmücken. Wie die IHK Saarland mitteilt, haben die saarländischen Unternehmen damit ihre Spitzenstellung im Umweltschutz weiter ausgebaut: In keinem anderen Bundesland gibt es – an der Einwohnerzahl gemessen – so viele eingetragene EMAS-Standorte wie im Saarland. Die Jüngsten sind die beiden energis-Standorte Wasserwerk Bisttal und Wasserwerk Lauterbachtal.

EMAS, das anspruchsvolle europäische Umweltmanagementsystem, steht für systematischen betrieblichen Umweltschutz, bei dem sich Unternehmen freiwillig einer regelmäßigen Überprüfung durch unabhängige Gutachter stellen. Für die Zertifizierung genügt es nicht, sich an alle geltenden Vorschriften und Gesetze zu halten. Die beteiligten Unternehmen verpflichten sich vielmehr über diese Vorgaben hinaus, ehrgeizige Umweltziele zu erreichen.

Vorteile für Unternehmen und Umwelt

„Die Unternehmen machen sich damit fit für die Zukunft, schonen wertvolle Ressourcen und sparen meist noch eine Menge Geld“, so der stellvertretende IHK-Hauptgeschäftsführer Hermann Götzinger. Möglich werde dies durch die ständige Optimierung der Betriebsabläufe, das Aufdecken von Einsparpotenzialen und eine erhöhte Rechtssicherheit. Hinzu komme ein besseres Image bei Kunden, Mitarbeitern und in der Öffentlichkeit. Götzinger: „Im Saarland haben EMAS-zertifizierte Betriebe aber noch weitere Vorteile. Sie profitieren etwa von Gebührenerleichterungen bei Genehmigungen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz und bei abfallrechtlichen Nachweisverfahren. Durch reduzierte Berichtspflichten sinkt der innerbetriebliche Aufwand. Und ein großzügiges Förderprogramm hilft im Saarland gerade kleineren Unternehmen bei der erstmaligen Einführung des aufwändigen Managementsystems“.

Industrie ist Vorbild

Unter den EMAS-zertifizierten Unternehmen finden sich ebenso große wie kleine Unternehmen, Industrie, Handwerk und Dienstleistungen sind vertreten. Ein deutlicher Schwerpunkt liegt allerdings bei der Industrie: Unternehmen des Maschinenbaus, der Energieerzeugung und des Baugewerbes sind überdurchschnittlich häufig EMAS-zertifiziert.

Die Umwelterklärungen aller beteiligten Unternehmen sind öffentlich zugänglich – so schreibt es das System vor. Ein Blick in diese Umwelterklärungen zeigt, dass Unternehmen und Umwelt gleichermaßen profitieren. Zu den Verbesserungen gehören etwa eine bessere Energie- und Materialeffizienz, der Austausch von umweltbelasteten durch umweltfreundliche Einsatzstoffe, die Reduzierung der Abfallströme oder die Erneuerung der Fahrzeugflotte. Für die energis GmbH etwa konnten die CO₂-Emissionen des Fuhrparks so innerhalb von sechs Jahren um 46t pro Jahr gesenkt werden.

Weitere Informationen über das europäische Umweltmanagementsystem EMAS, über Erleichterungen und Fördermöglichkeiten, finden interessierte Unternehmen auf der Homepage der IHK Saarland www.saarland.ihk.de (Rubrik „Innovation und Umwelt“). Für weitere Auskünfte steht Dr. Klaus Gärtner, ☎ 0681/9520 425, ✉ klaus.gaertner@saarland.ihk.de zur Verfügung.

Siedlungsabfälle-Bilanz 2005 veröffentlicht

511 kg Abfälle aus privaten Haushalten und Kleingewerbe fielen im Saarland im Jahr 2005 an, so die kürzlich veröffentlichte Abfallbilanz des saarländischen Umweltministeriums. Dieser Wert umfasst sowohl die Abfälle zur Beseitigung (Hausmüll 219 kg/E und Jahr, Sperrmüll knapp 36 kg/E und Jahr) als auch die Abfälle zur Verwertung (Bioabfälle 51 kg/E und Jahr Glas 23 kg/E und Jahr Papier, Pappe, Karton 68 kg/E und Jahr und LVP 25 kg/E und Jahr). Elektro- und Elektrogeräte kommen auf einen Wert von 1,8 kg/E und Jahr.

Die Menge der Gewerbeabfälle stieg in 2005 deutlich von 52.000 Tonnen (2004) auf 75.000 Tonnen an. Wesentliche Ursache hier dürfte das Inkrafttreten des Deponierungsverbotes unbehandelter Siedlungsabfälle gewesen sein.

Innerhalb der letzten zehn Jahre ist das Pro-Kopf-Aufkommen für Hausmüll hierzulande kontinuierlich von 304 kg/E und Jahr auf inzwischen 219 Kg/E und Jahr zurückgegangen. Eine ähnliche Entwicklung war beim Sperrmüll nicht zu verzeichnen.

Die vollständige Abfallbilanz 2005 steht im Internet zur Verfügung unter:

 http://www.saarland.de/dokumente/thema_abfall/Abfallbilanz_2005_09.01.07.pdf

Saarfische können unbedenklich gegessen werden – Fischereiverband Saar stellte Untersuchungsergebnisse von Saarfischen vor

Saarfische können unbedenklich gegessen werden. Eine vom Ministerium für Umwelt und dem Fischereiverband Saar gemeinsam initiierte Untersuchung brachte überraschend gute Ergebnisse. Bei den Schwermetallen lag der höchste Wert mit 122 µg bei knapp 25 Prozent der nach Lebensmittelrecht zulässigen Höchstmenge. Die übrigen Werte waren zum großen Teil noch erheblich besser und überstiegen meistens noch nicht einmal die 10 Prozent Marke der erlaubten Höchstmengen.

Das besonders erfreuliche am Untersuchungsergebnis war, dass bei 14 der untersuchten Stoffe in keiner der Proben ein Nachweis geführt werden konnte. Die untersuchten Parameter, insgesamt 25 an der Zahl, orientierten sich an den Grundlagen für die lebensmittelrechtliche Bewertung von Süßwasserfischen. Diese basiert auf drei Regelwerken: Schadstoff-Höchstmengenverordnung (SHmV)- Rückstands-Höchstmengenverordnung (RHmV)- Bundesgesundheitsblatt.

Im Einzelnen untersucht wurden drei Schwermetalle, sechs polychlorierte Biphenyle und verschiedene Pestizide wie zum Beispiel Lindan, DDT, Dieldrin, alpha- und beta HCH sowie Endrin, Chlordan und Toxaphen. Auch auf künstliche Duftstoffe wie Moschus-Xylol oder Moschus-Keton wurde getestet.

Die benötigten Fische nämlich Rotaugen und Flussbarsche wurden an sechs Fangstellen an der Saar, in Saarbrücken, Völklingen, Saarlouis, Beckingen, Merzig und Mettlach entnommen und an der Universität des Saarlandes von einem renommierten Chemiker (Prof. Dr. Hans-Ulrich Meisch) untersucht. Die Auswahl der Fischarten Rotauge und Flussbarsch hat folgende Gründe. Das Rotauge ist die am häufigsten vorkommende Fischart und wird demzufolge auch am meisten gefangen und verwertet. Der Flussbarsch als Raubfisch steht am Ende einer längeren Nahrungskette, was nicht unwesentlich hinsichtlich einer Anreicherung und Speicherung von Schadstoffen sein dürfte.

Der lebensmittelrechtlich gute Zustand der Fische ist für einen nicht unerheblichen Teil unserer Bevölkerung durchaus von Bedeutung: Im Saarland gibt es über 18 000 aktive Angler. Viele von ihnen fischen auch in der Saar und wollen ihren Fang natürlich sinnvoll verwerten. Die sinnvollste Verwertung eines geangelten Fisches ist immer noch der Verzehr. Aber wie steht es mit der Genießbarkeit unserer Saarfische? Eine Frage, die nicht nur für den Fischer, sondern auch in aller Regel für seine Angehörigen interessant sein dürfte; denn nach gewissen Erfahrungswerten kann man davon ausgehen, dass im Durchschnitt drei bis vier Personen von jedem Angler mit Fisch versorgt werden. Es ist also durchaus realistisch, dass im Laufe eines Jahres von rund 30 000 bis 40 000 Personen im Saarland Fische aus der Saar gegessen werden. Um ihrer gemeinsamen Verantwortung in diesem Bereich gerecht zu werden, haben der Fischereiverband Saar, jetzt als Körperschaft des öffentlichen Rechts und das Ministerium für Umwelt als oberste Fischereibehörde gemeinsam dieses Untersuchungs- und Analyseprojekt durchgeführt.

Die genauen Untersuchungsergebnisse können übrigens Interessierten per E-Mail zur Verfügung gestellt werden. Anfragen richten Sie bitte an  h.riehm@umwelt.saarland.de.

Verantwortlich für den Inhalt: Ministerium für Umwelt

RHEINLAND-PFALZ

Zeitplan für die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie

Die Wasserrahmenrichtlinie der Europäischen Union (WRRL) verpflichtet die Mitgliedstaaten, bis 2015 alle Oberflächengewässer in einen guten ökologischen Zustand zu versetzen. Die SGDen Süd und Nord haben für das Bearbeitungsgebiete Oberrhein (SGD Süd) sowie Saar-Mosel, Mittelrhein und Niederrhein (SGD Nord) im Dezember 2006 den Zeitplan, das Arbeitsprogramm und die wichtigen Wasserbewirtschaftungsfragen vorgestellt. Alle Informationen wurden im Staatsanzeiger des Landes Rheinland-Pfalz veröffentlicht und können über Ihre IHK sowie unten genannte Internetadressen der Behörden abgefragt werden.

Ausgangspunkt sind die in der Bestandsaufnahme der rheinland-pfälzischen Gewässer genannten Themen und gefundenen gewässerökologischen Defizite sowie alle bereits umgesetzten und geplanten vorgezogenen Maßnahmen. Im nächsten Schritt werden bis Mitte März 2007 der Bericht für das Monitoringprogramm vorgelegt.

Danach kann eine Stellungnahme zu dem Zeitplan und dem Aktionsprogramm sowie den wichtigen Wasserbewirtschaftungsfragen abgegeben werden. Zu den oben genannten Projektphasen und deren Ergebnissen kann im Rahmen der Anhörung der Öffentlichkeit bis zum 18. Juni 2007 (SGD Süd) bzw. bis zum 22.06.2007 (SGD Nord) schriftlich Stellung genommen werden.


Informationen hierzu erhalten Sie direkt bei der SGD:

 www.sgdsued.rlp.de/Aktuelles/WRRL/wrri.htm

 [www.sgd nord.rlp.de/upload/31 WRRL Zeitplan und Arbeitsprogramm 4151.pdf](http://www.sgd nord.rlp.de/upload/31_WRRL_Zeitplan_und_Arbeitsprogramm_4151.pdf)

Allgemein:  www.wrri.rlp.de


Landesabfallbilanz Rheinland-Pfalz 2005

Das Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz hat die Landesabfallbilanz Rheinland-Pfalz 2005, unterteilt in die Abschnitte Siedlungsabfallwirtschaft und Sonderabfallwirtschaft, veröffentlicht. Als pdf-Datei kann das über 100-seitige Werk (Sonderabfallbilanz ab Seite 75) im Internet unter  www.mufv.rlp.de (Rubrik Abfall – Aktuelles – Bilanzen) heruntergeladen werden.

Sonderabfallwirtschaftsplan 2006

Nach § 29 Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz stellt jedes Bundesland einen Abfallwirtschaftsplan auf und schreibt diesen fort. Der aktuelle Abfallwirtschaftsplan Rheinland-Pfalz, Teilplan: Sonderabfallwirtschaft vom 13. November 2006, löst nun den Plan aus dem Jahr 1995 ab. Danach besteht für den Planungszeitraum bis 2015 Entsorgungssicherheit für Sonderabfälle aus Rheinland-Pfalz.

Das Primäraufkommen an Sonderabfällen in Rheinland-Pfalz betrug im Jahr 2005 rund 1,6 Millionen Tonnen und hat damit gegenüber dem Vorjahr zugenommen. Das Sonderabfallaufkommen wird nach wie vor maßgeblich von verunreinigten Böden und Bauschutt (vor allem aus Sanierungsmaßnahmen) sowie von teerhaltigem Straßenaufbruch bestimmt, deren Anteil zusammen über 50 Prozent beträgt. Bei den anderen häufig anfallenden Abfällen handelt es sich zum Beispiel um belasteten Gleisschotter (rund 9 Prozent) und Depo-niesickerwasser (5,7 Prozent).

Der Sonderabfallwirtschaftsplan kann abgerufen werden unter:  www.mufv.rlp.de (Rubrik Abfall – Sonderabfallwirtschaft – Pläne).

BUND

Statistiken zur EMAS-Beteiligung

Die Gesamtzahl der Teilnehmer am EU-Umweltmanagement- und – betriebsprüfungssystem EMAS hat sich stabilisiert. Allerdings hat sich die Zusammensetzung der Teilnehmer in den letzten Jahren erheblich verändert.

Die Verteilung nach Wirtschaftszweigen im Zeitverlauf zeigt die Entwicklung von EMAS in den einzelnen Branchen. Waren 2002 noch die industriellen Bereiche deutlich dominant, sind heute die Abteilung „Erziehung und Unterricht“ an zweiter Stelle und die Religionsgemeinschaften auf Platz sechs. Die Zahl der Teilnehmer aus den industriellen Bereichen hat sich vermindert.


Eine Einschränkung ist allerdings zu beachten. Ende 2002 waren noch einige Eintragungen im Register, die nach der alten Verordnung vorgenommen wurden. Seinerzeit waren Standorte Gegenstand der Eintragung, seit 2001 Organisationen, die aus einem oder mehreren Standorten bestehen können. Daher geht der 2006 nachgewiesene Rückgang zu einem Teil auf die Zusammenlegung mehrerer Standorte zu einer Organisation zurück.

EMAS: Geänderte Gebührenverordnung zum Umweltauditgesetz seit 12. Dezember 2006 in Kraft

In Deutschland sind mehr als 200 Umweltgutachter oder Umweltgutachterorganisationen für die Zertifizierung von Unternehmen tätig, die freiwillig den Regeln des europäischen Umweltmanagement-Systems EMAS (European Management and Audit Scheme) folgen. Unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung werden die Gebühren für Umweltgutachter in den kommenden Jahren im Durchschnitt um 15 Prozent günstiger. Weil die Gutachter diese Kosten auf die geprüften Unternehmen umlegen können, dürften auch hier die Kosten sinken.

Die Umweltgutachter führen Betriebsregelungen und Dokumentenprüfungen durch und stellen dann eine Gültigkeitserklärung für die „Umwelterklärung“ (Umweltbilanz) des Unternehmens oder der sonstigen Organisation aus. Sie werden von der Deutschen Akkreditierungs- und Zulassungsgesellschaft für Umweltgutachter mbH (DAU), die von 13 großen Wirtschaftsverbänden getragen wird, nach einer Prüfung zugelassen und unterliegen deren Aufsicht. Die Kosten der Zulassung und Aufsicht tragen die Umweltgutachter, die für die jeweiligen Amtshandlungen Gebühren an die DAU zahlen, diese aber auf die von ihnen geprüften Organisationen umlegen können.

Die Grundgebühr für die Zulassung als Einzelgutachter fällt etwa von 3.500 Euro auf 2.500 Euro, für die Zulassung als Umweltgutachterorganisation von 4.000 auf 3.000 Euro. Auch die standortbezogenen Gebührenanteile, welche die Standortbegutachtung betreffen, wurden gesenkt.

Die Verordnung zur Änderung der UAG-Gebührenverordnung ist im Internet abrufbar:  <http://www.dau-bonn-gmbh.de/>

Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Nr. 330/06 vom 11. Dezember 2006

Energieverbrauch legt leicht zu – Hohe Preise dämpfen Zuwachs – Erneuerbare steigern Beitrag

Der Energieverbrauch in Deutschland ist 2006 leicht angestiegen. Die Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AGEB) berechnete einen Zuwachs von 1,2 Prozent auf 493,6 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (Mio. t SKE), das entspricht 14 464 Petajoule (PJ), gegenüber dem Vorjahr. Gebremst wurde der Zuwachs durch die milde Witterung in den letzten Monaten des Jahres sowie das hohe Preisniveau.

Beim Mineralöl standen einem deutlich höheren Verbrauch von Diesel, Heizöl und Flugbenzin Verbrauchsrückgänge bei Ottokraftstoffen und Chemiebenzin gegenüber. Insgesamt erhöhte sich der Mineralölverbrauch um 0,2 Prozent auf 176,2 Mio. t SKE. Mit einem Anteil von über 35 Prozent bleibt Mineralöl der mit Abstand wichtigste Energieträger in Deutschland. Förderlich für den Mineralölabsatz waren der aus steuerlichen Gründen vorgezogene Heizöleinkauf vieler Verbraucher sowie die fallenden Preise im letzten Quartal.

Der Erdgasverbrauch erhöhte sich im Jahr 2006 gegenüber dem Vorjahr um 1,5 Prozent auf 112,6 Mio. t SKE. In der Stromerzeugung stieg der Erdgaseinsatz kräftig um rund vier Prozent. Auch die Industrie verbrauchte mehr Erdgas als im Vorjahr. Die Auswirkungen der kalten Witterung in den ersten vier Monaten und des ungewöhnlich milden letzten Quartals auf den Bedarf an Raumwärme glichen sich in etwa aus, sodass der Erdgasverbrauch im Bereich Haushalte und Gewerbe, Handel, Dienstleistungen auf Vorjahresniveau lag.

Der Verbrauch von Steinkohlen lag mit 64,0 Mio. t SKE um 1,7 Prozent über dem Vorjahr. Zu dieser Entwicklung trugen sowohl die höhere Nachfrage der Elektrizitätswirtschaft als auch der Stahlindustrie bei.

Der Braunkohlenverbrauch war wegen geringerer Kraftwerksverfügbarkeit mit 53,7 Mio. t SKE um 1,5 Prozent niedriger als im Vorjahr. Die Stromerzeugung in den Braunkohlenkraftwerken verringerte sich entsprechend.

Die Stromerzeugung der Kernkraftwerke stieg gegenüber dem Vorjahr um 2,7 Prozent.

Der Beitrag der Wasserkraftwerke und Windkraftanlagen stieg insgesamt um rund 9 Prozent. Die Stromerzeugung aus Windenergie nahm um 12 Prozent, diejenige aus Wasserkraft um knapp 4 Prozent zu. Der Verbrauch von sonstigen Energieträgern stieg gegenüber dem Vorjahr um 16 Prozent.

Der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch belief sich 2006 auf 5,3 Prozent gegenüber 4,7 Prozent im Vorjahr.

Pressekontakt: Uwe Maassen Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen c.o. DEBRIV - Bundesverband Braunkohle, Postfach 40 02 52, 50832 Köln, Max-Planck-Straße 37, 50858 Köln, ☎ 49 (0)2234 1864 (0) 34, F +49 (0)2234 1864 18, Mobil 0171/4 16 26 89, ✉ Uwe.Maassen@braunkohle.de, 🌐 www.braunkohle.de, www.kohlenstatistik.de, 🌐 www.ag-energiebilanzen.de

Deutschland bei Umwelteffizienz auf Rang sieben

Deutschland geht mit den natürlichen Ressourcen wesentlich sparsamer um als die meisten anderen Industrieländer. Das belegt der vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) neu entwickelte Umwelt-Effizienz-Indikator. Beim Vergleich des Wasserverbrauchs, der Emissionen unter anderem von Treibhausgasen und Stickoxiden sowie des Energieverbrauchs in Relation zum Bruttoinlandsprodukt schneidet Irland am besten ab und erhält daher den Indikatorwert 100. Deutschland folgt mit 90 Punkten auf dem siebten Platz und lässt damit andere große Volkswirtschaften hinter sich. So belegen die USA von 30 untersuchten Ländern mit einem Indikator von 63 lediglich Platz 23.

In den vergangenen Jahren hat sich die Umwelteffizienz in Deutschland zudem in nahezu allen Bereichen deutlich verbessert. Eine Erfolgsstory ist vor allem das Thema Luftqualität. So werden beispielsweise je Einheit Bruttoinlandsprodukt inzwischen nur noch halb so viele Stickoxide emittiert wie 1991. Bei Schwefeldioxid sind die spezifischen Emissionen sogar um 88 Prozent zurückgegangen. Diese Reduktionen haben sich im Übrigen auch nach der Stilllegung oder Modernisierung der ehemaligen DDR-Industrieanlagen fortgesetzt.

Weitere Informationen: 🌐 www.iwkoeln.de

AGQM: Besteuerung verringerte Biodieselabsatz

Die Arbeitsgemeinschaft Qualitätsmanagement Biodiesel e. V. (AGQM) hat die aktuellen Daten zum Verkauf von Biodiesel an öffentlichen Tankstellen im vergangenen Jahr bekannt gegeben. Danach ist die an Tankstellen 2006 abgesetzte Menge an Biodiesel gegenüber dem Vorjahr um 44.000 Tonnen auf 476.000 Tonnen zurückgegangen. Dies führt die AGQM im Wesentlichen auf die Auswirkungen der seit August 2006 bestehenden Teilbesteuerung zurück.

Trotz der insgesamt kritischen Situation konnten die Tankstellen in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen den Biodiesel-Absatz gegenüber dem Vorjahr auf 183 Mio. Liter (161.552 Tonnen) und 132 Mio. Liter (116.230 Tonnen) steigern. Dagegen hat es in fast allen anderen Bundesländern teilweise erhebliche Umsatzeinbrüche gegeben.

Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen weisen eine Biodieseltankstellenstruktur auf, die sehr stark durch die Betankung von Nutzfahrzeugen geprägt ist. An diesen Stationen war der Umsatzeinbruch in den vergangenen vier Monaten des Jahres mit 15 % nicht so stark wie bei den eher durch Pkw frequentierten Tankstel-

len, die 47 % Ihres Biodieselsabsetzes verloren haben. An den Lkw-Stationen hat der sehr gute Verlauf des ersten Halbjahres die späteren schlechten Ergebnisse mehr als kompensiert.

Die statistischen Ergebnisse zeigen aber aus AGQM-Sicht noch eine weitere Gefahr auf: Biodieseltankstellen in Nordrhein-Westfalen weisen einen durchschnittlichen Umschlag von über 500.000 Liter/Jahr auf, während zum Beispiel in Sachsen nur 57.000 Liter/Jahr erreicht wurden. Aufgrund wirtschaftlicher Gegebenheiten ist zu erwarten, dass Tankstellen mit sehr niedrigen Umschlagsmengen den Biodiesel-Verkauf einstellen werden, so dass die bisher gute flächendeckende Versorgung mit Biodiesel akut gefährdet ist. Dies senkt zusätzlich die Attraktivität des Kraftstoffs Biodiesel für den Anwender und wird zu weiteren Absatzrückgängen führen.

Die AGQM sieht nun die Politik in der Verantwortung, die getroffenen Steuerentscheidungen noch einmal zu überprüfen und eine zukunftsfähige Lösung mit Augenmaß zu finden.

Durchführungsverordnung zum Biokraftstoffquotengesetz veröffentlicht

Die Verordnung ist am 28.12.2006 im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden. Sie unterscheidet sich nur geringfügig von der Entwurfsfassung. Geregelt bzw. neu geregelt wird insbesondere die Ermittlung der für die Erfüllung der Quotenverpflichtung notwendigen Biokraftstoffmenge, der Nachweis der Biokraftstoffeigenschaft und die Steueranmeldung.

Die Durchführungsverordnung zum Biokraftstoffquotengesetz sowie ein Merkblatt können Sie anfordern bei: Ingrid Klein, IHK Saarland, Franz-Josef-Röder-Straße 9, 66119 Saarbrücken, ☎ (0681) 95 20-431, ✉ (0681) 95 20-489, ✉ ingrid.klein@saarland.ihk.de

Solarstromindustrie: Exportraten von 70 Prozent in Sicht

Die deutsche Solarstromindustrie hat ihren Wachstumskurs auch im vergangenen Jahr fortgesetzt. Die zehn Solarzellen-Produzenten stellten im Jahr 2006 rund 50 Prozent mehr Solarzellen her als im Vorjahr. Insgesamt lag die produzierte Leistung bei 500 Megawattpeak (MWp), 2005 waren es noch 320 MWp. Dies geht aus einer aktuellen Erhebung des Bundesverbandes Solarwirtschaft (BSW) hervor.

Getrieben wurde das Wachstum der inländischen Solarstromindustrie vor allem durch die steigende Auslandsnachfrage. "Wir gehen davon aus, dass in wenigen Jahren eine Verdoppelung der Exportraten auf 70 Prozent möglich ist", schätzt BSW-Geschäftsführer Carsten Körnig. Im vergangenen Jahr lag der Auslandsanteil im Solarzellenbereich bei 35 Prozent.

Weitere Informationen unter: 🌐 www.solarwirtschaft.de

Auch im Jahr 2006 Feinstaubbelastung vielerorts zu hoch

Die Auswertung der noch vorläufigen Feinstaubdaten für das Jahr 2006 durch das Umweltbundesamt (UBA) zeigt: Die Belastung der Bevölkerung mit gesundheitsschädlichen Feinstäuben ist - wie schon im Jahr 2005 - zu hoch. An 100 der zirka 450 Messstationen lag die Feinstaubkonzentration im vergangenen Jahr an mehr als 35 Tagen über dem zulässigen Wert von 50 µg/m³ (Mikrogramm = ein Millionstel Gramm pro Normkubikmeter Luft). Dieser Grenzwert für Feinstaub - also die Überschreitung von 50 µg/m³ an nicht mehr als 35 Tagen pro Jahr - gilt seit Anfang 2005. Städte wie Stuttgart, München, Cottbus, Leipzig und Dortmund überschritten den Grenzwert deutlich. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich 2006 die Belastung der menschlichen Gesundheit und der Umwelt mit Feinstäuben weder verbessert noch verschlechtert. Wie 2005 traten die Grenzwertüberschreitungen überwiegend an städtischen Verkehrsmessstationen auf.

Neben dem Feinstaub bietet ein anderer Luftschadstoff Anlass zu mehr und mehr Sorge: Stickstoffdioxid (NO₂), ein Gas, das die Atmung beeinträchtigt und bei Verbrennungsvorgängen - etwa bei der Energieerzeugung und im Straßenverkehr - entsteht. Nach Auffassung des UBA läuft Deutschland Gefahr, auch beim NO₂ den ab 2010 EU-weit geltenden Grenzwert von 40 Mikrogramm NO₂ pro Kubikmeter Luft im Jahresmittel nicht einzuhalten. Derzeit überschreiten die NO₂-Konzentrationen an rund der Hälfte der städtischen, verkehrsnahen Messstellen in Deutschland den ab 2010 geltenden Jahresgrenzwert. Nach den bisherigen Emissionstrends ist nicht damit zu rechnen, dass Deutschland diesen Grenzwert flächendeckend einhalten wird. Aktuelle Luftqualitätsdaten und Auswertungen im Internet unter: 🌐 www.env-it.de/luftdaten/start.fwd

ISI: Deutsche Industrie könnte 20 Prozent Rohstoffkosten sparen

Die deutsche Industrie könnte 120 Milliarden Euro pro Jahr sparen, wenn sie alle Effizienzpotenziale ausschöpfen würde. Zu diesem Ergebnis kam das Fraunhofer Institut System- und Innovationsforschung (ISI) in einer Untersuchung über Versorgungsgengpässe bei Rohstoffen wie Kupfer, Tantal und Platin.


Obwohl Energie nur 1,6 Prozent der Produktionskosten ausmache, sei die Verfügbarkeit, Wirtschaftlichkeit und Nutzungseffizienz der zur Energiegewinnung genutzten Rohstoffe wie Kohle, Öl und Gas gut untersucht. Dagegen gebe es kaum verlässliche Daten zu metallischen und mineralischen Rohstoffen. Um dies zu ändern, habe das Fraunhofer ISI zusammen mit dem RWI Essen in einer Studie für das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie die globalen Nachfragen einiger Metalle und Mineralien sowie die Konsequenzen für Kostenentwicklung und Versorgungssicherheit untersucht.

Im Ergebnis habe man feststellen können, dass die deutsche Industrie 120 Milliarden Euro einsparen könnte, würde sie alle Effizienzpotenziale nutzen. Das seien 20 Prozent der Rohstoffkosten. Deutschland habe dies erkannt und setze verstärkt auf Recycling, Leichtbau, Nanotechnologie, Miniaturisierung und neue Produktionsverfahren. Wie es hieß, wird 56 Prozent des hier zu Lande verbrauchten Kupfers bereits aus Kupferschrott gewonnen. Weltweit seien es lediglich 13 Prozent.

Das ISI habe für ihre Untersuchung einen neuen Forschungsansatz genutzt, der analog zu den bekannten Energiebedarfsprognosen erstmals den spezifischen Rohstoffbedarf bewertet und diesen vom spekulativen Wirtschaftswachstum abkoppelt. „Trotz dieser Erfolge sollte die Rohstoffforschung ausgebaut und auf das Niveau der Energieforschung gebracht werden“, sagte ISI-Projektleiter Gerhard Angerer.

Weitere Informationen unter:  www.ist.fraunhofer.de

Neue Informationsdienste der BAuA erschienen

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) bietet zu bestimmten Themen regelmäßig Zusammenstellungen der neu erfassten Literatur aus ihrer Literaturlatenbank BAuA-LITDOK an. Diese Informationsdienste können entgeltfrei von der BAuA-Homepage  www.baua.de im Bereich Bibliothek herunter geladen werden. Ab sofort stehen die Ausgaben 1/2007 im Netz.

Die zweimal jährlich erscheinenden Standard-Informationsdienste enthalten bibliografische Angaben und Kurzreferate. Sie befassen sich mit folgenden Themen: Arbeitsbedingte Erkrankungen, Arbeitsschutzrecht, Betrieblicher Gesundheitsschutz, Brand- und Explosionsschutz, Elektrosicherheit, Ergonomie, Gefahrstoffe, Lärm / Schwingungen, Menschengerechte Anwendung neuer Technologien, Sicherheitstechnik, Sozialer Arbeitsschutz / Arbeitszeit sowie Transport und Verkehr.

Darüber hinaus informiert die Bibliothek der BAuA an gleicher Stelle mit Sonderinformationsdiensten über die aktuellen Themen Altersgerechte Arbeit, Büroarbeit, Nanotechnologie / Ultrafeinstaub, Pflegepersonal sowie Psychische Arbeitsbelastungen.

Weitere Informationen finden sie unter:

 http://www.baua.de/de/Bibliothek/Informationsdienste/Informationsdienste.html_nnn=true

Chemikalien sicher befördern

VCI veröffentlicht Transport-Leitlinien

Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) hat neue beziehungsweise aktualisierte Leitfäden zum sicheren Transport von Chemikalien herausgegeben: den Leitfaden Gefahrgut-Vorschriftenänderungen 2007, die Leitlinie zur Beförderung gefährlicher Güter im PKW/Kombi, die Leitlinie Gegenüberstellung der Kennzeichnung Gefahrstoff/Gefahrgut sowie die Leitlinie zur Einstufung Wasser verunreinigender Stoffe, Lösungen und Gemische in den Gefahrgut-Transportvorschriften.

Eine Orientierungshilfe ist die Übersicht über die wichtigsten nationalen Gefahrgut-Transportvorschriften außerhalb Deutschlands. Daraus ist ersichtlich, welche zusätzlichen Besonderheiten beim Gefahrguttransport in anderen (ausgewählten) Staaten zu beachten sind. Diese Orientierungshilfe ist auch in englischer Sprache (Overview: Transport of Dangerous Goods – Rules) verfügbar.

Alle VCI-Leitfäden und Leitlinien können Sie per E-Mail anfordern bei Isolde Pfeiffer, ✉ pfeiffer@vci.de oder im Internet unter 🖨 www.vci.de (Rubrik Transport/Verpackung>>“Leitfäden und Leitlinien – Gefahrgut“) herunterladen.

Umweltbericht 2006 vorgelegt

Unter dem Titel „Umwelt – Innovation – Beschäftigung“ zieht der Umweltbericht 2006 ein positives Fazit umweltpolitischer Entscheidungen der letzten vier Jahre. Zugleich zeigt er Lösungsstrategien für die drängendsten Umweltprobleme auf. Den Umweltbericht legt die Bundesregierung alle vier Jahre vor. Er umfasst die Kapitel „Für eine anspruchsvolle Klimapolitik“, „Nachhaltige Energiepolitik fortsetzen“, „Ressourcen schonen“, „Natur schützen und nutzen“, „Mobilität umweltgerecht gestalten“ und „Gesunde Umwelt – gesunder Mensch“.

Der Umweltbericht dient gemäß dem Umweltinformationsgesetz der Unterrichtung der Öffentlichkeit sowie des Parlaments. Eine zweiseitige Kurzfassung und die Langfassung des Berichts mit zahlreichen Grafiken ist im Internet verfügbar: 🖨 http://www.bmu.de/strategien_und_bilanzen/doc/38533.php

Änderung der Kostenverordnung zum Elektrogerätegesetz

Hersteller oder Importeure, die Elektrogeräte in Deutschland auf den Markt bringen, müssen sich bei der EAR registrieren lassen, sofern die Geräte in den Anwendungsbereich des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes fallen.

Seit dem 1. Januar 2007 gelten neue Gebühren für die Amtshandlungen der EAR (Stiftung Elektro Altgeräte Register). Einige Gebühren wurden gesenkt, beispielsweise für die Vollprüfung einer insolvenz-sicheren Garantie. Leider wurden auch neue Gebührentatbestände eingeführt und somit der bürokratische Aufwand erhöht. So wird künftig für die Glaubhaftmachung des Herstellers, dass seine Produkte reine b2b-Produkte sind, eine Pauschalgebühr von 250 Euro erhoben.

Die Erste Verordnung zur Änderung der Kostenverordnung zum Elektro- und Elektronikgerätegesetz vom 19. Dezember 2006 (BGBl. I S. 3277) ist im Internet zu finden unter: 🖨 <http://www.bmu.de/abfallwirtschaft/downloads/doc/38117.php>.

Verordnung über Ozonschicht schädigende Stoffe in Kraft

Die Bundesregierung hat am 13. November 2006 die Chemikalien-Ozonschichtverordnung – ChemOzon-SchichtV (BGBl. I, S. 2638) veröffentlicht. Die Verordnung trat am 1. Dezember 2006 in Kraft und löste die bisherige FCKW-Halon-Verbots-Verordnung ab.

Die Verordnung gilt ergänzend zu der europäischen Verordnung Nr. 2037/2000 über Stoffe, die zum Abbau der Ozonschicht führen. Zu beachten sind folgende Punkte:

- § 3 regelt die Vorgaben für Rückgewinnung und Rücknahme von ozonschichtschädigenden Stoffen neu.
- § 4 legt die zulässigen Emissionen aus Einrichtungen und Produkten, die diese Stoffe enthalten, fest – beispielsweise für Kälte- und Klimaanlageanlagen, Brandschutzanlagen.
- § 5 legt die „persönlichen Voraussetzungen für bestimmte Arbeiten“ und damit die Notwendigkeit der einschlägigen Sachkunde sowie die technische Ausstattung fest.
- § 8 sieht Übergangsvorschriften für Chloridfluormethan in Kälte- oder Klimaanlageanlagen in der Schifffahrt vor.

Die Verordnung ist im Internet einzusehen unter: 🖨 <http://www.bgblportal.de/BGBl/bgbl1f/bgbl106s2638.pdf>.



Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz und Öffentlichkeitsbeteiligungsgesetz in Kraft

Das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz (BGBl. I, S. 2816) und das Öffentlichkeitsbeteiligungsgesetz (BGBl. I, S. 2819) sind am 15. Dezember 2006 in Kraft getreten. Die Gesetze dienen der Umsetzung der Aarhus-Konvention und der Öffentlichkeitsbeteiligungsrichtlinie 2003/35/EG. Das nach der dänischen Stadt Aarhus benannte Übereinkommen aus dem Jahr 1998 soll den freien Zugang zu Umweltinformationen und die gerichtliche Überprüfung von Verwaltungsentscheidungen gewähren. Damit soll die Transparenz und Akzeptanz von Verwaltungsentscheidungen verbessert werden.

Das neue Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz erweitert die Rechte anerkannter inländischer oder ausländischer Umweltschutzvereinigungen. In bestimmten immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren, gegen Planfeststellungsbeschlüsse für Deponien, gegen Erlaubnisse nach dem Wasserhaushaltsgesetz und gegen Entscheidungen in Verfahren der Umweltverträglichkeitsprüfungen wird die Möglichkeit der Einlegung von Rechtsbehelfen ausgedehnt. Künftig ist es für die Vereinigungen nicht mehr zwingend nötig, eine Verletzung in eigenen Rechten geltend zu machen. Bisher war es in den meisten umweltrechtlichen Genehmigungsverfahren nicht möglich, Widerspruch und Klage zu erheben, ohne in eigenen Rechten betroffen zu sein.

Durch das Öffentlichkeitsbeteiligungsgesetz (Artikelgesetz) werden unter anderem das Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung sowie das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) geändert. Von besonderer praktischer Bedeutung ist der neue § 17, Absatz 1a BImSchG, nach dem auch bei einer nachträglichen Anordnung eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen ist, wenn es sich um eine Anlage aus Spalte 1 der 4. BImSchV handelt.

Das Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz ist im Internet zu finden unter:

 <http://www.bgblportal.de/BGBl/bgbl1f/bgbl106s2816.pdf> und das Öffentlichkeitsbeteiligungsgesetz unter  <http://www.bgblportal.de/BGBl/bgbl1f/bgbl106s2819.pdf>.

Neue LAGA-Vollzugshilfe zur Nachweisverordnung

Zum 1. Februar 2007 sind die neue Nachweisverordnung (NachwV) sowie einige Änderungen im Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG) in Kraft getreten.

Die Arbeitsgemeinschaft Abfall des Bundes und der Länder (LAGA) hat pünktlich zum In-Kraft-Treten die neue 64-seitige Vollzugshilfe zum novellierten Nachweisrecht veröffentlicht. Die Vollzugshilfe richtet sich sowohl an Behörden als auch an Abfallerzeuger und -entsorger, hat aber keine Rechtsverbindlichkeit. Themen sind beispielsweise die grundlegenden Ausführungen zur neuen Nachweisverordnung, die grafische Darstellung der Nomenklaturänderung (S. 11; Änderung in gefährliche und nicht-gefährliche Abfälle statt wie bisher überwachungsbedürftige und besonders überwachungsbedürftige Abfälle), die Regelungen zur Registerpflicht (S. 17-20 sowie S. 44 ff.) und die Auswirkungen auf andere Rechtsverordnungen (S. 58-62).

Die LAGA-Vollzugshilfe ist im Internet zu finden unter:

 http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/vollzugshilfe_nachweisr.pdf

11. BImSchV: Abgabe von Emissionserklärungen neu geregelt

Die „Verordnung zur Änderung von Vorschriften über Emissionserklärungen und Emissionsberichte“ vom 21. Dezember 2006 (BGBl. I, S. 3392) verlangt von bestimmten, nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) genehmigungsbedürftigen Anlagen die Abgabe von Emissionserklärungen. Diese sind erstmals für das Jahr 2008 und dann für jedes vierte Kalenderjahr abzugeben.

Die Emissionsberichte sind nicht mehr Gegenstand der 11. BImSchV. Die Emissionsdaten sollen künftig über die noch zu erlassene PRTR-Verordnung erhoben werden und Eingang in das PRTR-Register (www.prtr.de) finden. PRTR steht für das europäische Pollutant Release and Transfer Register, welches das europäischen Schadstoffemissionsregisters (EPER) ersetzt.

Die Verordnung zur Änderung der 11. BImSchV ist im Internet zu finden unter:

 <http://www.bgblportal.de/BGBl/bgbl1f/bgbl106s3392.pdf>.

EUROPÄISCHE UNION

Chemikalienrecht

REACH – Verordnung veröffentlicht

Am 30. Dezember 2006 wurde das Mammutwerk zur Neugestaltung des Europäischen Chemikalienrechts unter der offiziellen Nummer 1907/2006/EG im Amtsblatt L 396 veröffentlicht. Damit ist das Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen. Wegen der Eile finden sich Fehler im Text, so dass mit Korrekturen zu rechnen ist.

Um noch in 2006 mit der Verordnung ins Amtsblatt zu kommen, hat man auf eine ansprechende Grafik verzichtet. Leider auch auf eine sorgfältige Kontrolle des Textes. So findet der Leser in Art 23 Absatz 3 die erschreckende Information, dass die Vorschriften für die Registrierung von Phase-In-Stoffen ab einer Menge von 1 Tonne bereits ab dem 1. Juni 2008 gelten, dem Zeitpunkt des Beginns der Vorregistrierung. Gemeint ist der 1. Juni 2018. Bleibt zu hoffen, dass der Text alsbald korrigiert wird. Phase-in heißt: Stoffe, die bereits vor 1981 auf dem Markt waren und deshalb bisher von den Regeln zur Stoffanmeldung ausgenommen waren.

Bevor Sie den Text vorschnell ausdrucken, beachten Sie bitte, dass er 851 Seiten umfasst!

Wichtig sind zunächst die Seiten 41 bis 46, die den Konstruktionsplan der Verordnung enthalten. In **Anlage 2** haben wir die Inhaltsübersicht ergänzt um die Artikel, damit Sie sich schneller zurechtfinden.

Den Verwendern von Chemikalien ist zu empfehlen, soweit noch nicht vorhanden, ein **Inventar der verwendeten Stoffe/Zubereitungen** zu erstellen, wobei die Stoffe/Zubereitungen besonders wichtig sind, die für den Produktionsprozess von Bedeutung sind. Die Anhänge IV und V enthalten alle Stoffe, die von der Registrierungspflicht ausgenommen sind.

Sind Stoffe/Zubereitungen registrierungspflichtig, ist der Verwender (nachgeschaltete Anwender gut beraten, sich mit den vorgelagerten Stufen der Lieferkette auszutauschen. Dazu gibt **Art 37** Hinweise. Die Regelungen treten insoweit am **1. Juni 2008** in Kraft, gleichwohl sollte man mit den Lieferanten schon vorab eine Kommunikation über das Thema Registrierung beginnen. Es ist aber davon auszugehen, dass Industrie und Handel ihrerseits bald auf ihre Kunden zugehen, um den potenziell chaotischen Informationsprozess in der Lieferkette zu kanalisieren.

Die vordringlichen Pflichten für „Registranten“ (das sind diejenigen, die Stoffe bei der Chemikalienagentur registrieren) finden sich in Art 28: Ab dem 1. Juni 2008 wird eine **Vorregistrierung** der Phase-in-Stoffe vorgenommen. **Die Frist läuft am 1. Dezember 2008 ab.** Die Wahrung der Frist ist Voraussetzung dafür, dass der Registrant die Übergangsfristen des **Art 23** in Anspruch nehmen kann. Das bedeutet, wer die Frist verpasst, muss unabhängig von Mengen sofort registrieren (Art 28 Abs. 3)!


Ab dem **1. Januar 2009** findet sich dann auf der Website der Chemikalienagentur eine Liste der vorregistrierten Stoffe und die erste vorgesehene Registrierungsfrist. Der Verwender weiß dann, ob und wann sein Stoff zur Registrierung ansteht. Fehlt der Name des Stoffes in der Liste, muss er nach Art 28 Abs. 5 aktiv werden.

Die Registrierung dürfte im Wesentlichen von den Herstellern und Händlern veranlasst werden. Die dafür relevanten Fristen finden sich in Art 23. Stichtage sind der 1. Dezember 2010, der 1. Juni 2013 und der 1. Juni 2018. Die Artikel 5 bis 24 und die Anhänge 1 bis 12 befassen sich mit den Pflichten zur Registrierung. Für den Verwender ist die Information wichtig, ob und für welche Expositionen und Verwendungen der Stoff registriert wurde.

Die **Zulassung (Titel VII)** betrifft etwa 1.500 besonders besorgniserregende Stoffe. Diese werden nach und nach in den derzeit noch leeren Anhang XIV aufgenommen. Die in Frage kommenden Stoffe sind in Art 57 beschrieben. Entscheidungen trifft ein Regelungsausschuss unter Vorsitz der Kommission. Näheres findet sich in Art 58. Wichtig ist, dass in den Anhang XIV aufgenommene Stoffe nach einem Ablauftermin nur noch dann verwendet werden dürfen, wenn eine Zulassung erteilt wurde.

Beschränkungen des Inverkehrbringens und der Verwendung gefährlicher Stoffe und Zubereitungen sind ab dem 1. Juni 2007 in Anhang XVII der Verordnung geregelt. Die parallel bestehende Richtlinie 76/769/EWG wird zum 1. Juni 2009 aufgehoben. Neue Beschränkungen werden ebenfalls von der Kommission auf Basis der Beschlüsse eines Regelungsausschusses in Anhang XVII aufgenommen. (Autor Dr. Hermann Hühwels, DIHK)

REACH in zehn Minuten

Eine schnelle Erstinformation zum Thema REACH bietet die IHK Saarland auf ihrer Homepage an. Ein Merkblatt kann heruntergeladen werden unter:  [Merkblatt "REACH in 10 Minuten"](#)

Umwelt: Grundwasser-Richtlinie verabschiedet

Am **12. Dezember 2006** hat das Europäische Parlament in Dritter Lesung die Richtlinie zum Schutz des Grundwassers vor Verschmutzung und Verschlechterung verabschiedet. Die Richtlinie war zuvor Gegenstand von Verhandlungen im Vermittlungsausschuss zwischen Rat und Parlament. Der Rat hatte bereits am 11. Dezember 2006 das Ergebnis des Vermittlungsausschusses angenommen. Die Mitgliedstaaten müssen die Richtlinie bis 2009 in nationales Recht umsetzen.

Das Parlament konnte durchsetzen, dass die Richtlinie nicht nur der direkten Verschmutzung, sondern auch anderweitiger Qualitätsminderung entgegenwirkt. Außerdem enthält die Richtlinie Kriterien zur Beurteilung des guten chemischen Zustands des Grundwassers sowie Kriterien für die Ermittlung und Umkehrung signifikanter und anhaltender steigender Trends und für die Festlegung der Ausgangspunkte für die Trendumkehr. Für die Beurteilung des chemischen Zustands sind Qualitätsnormen für die Konzentration von Nitraten und Pestiziden festgelegt. Für weitere Schadstoffe wie Arsen, Quecksilber, Blei und Chlorid führen die Mitgliedstaaten eigene Schwellenwerte ein. Mittels eines Überwachungssystems sollen die Mitgliedstaaten jeden signifikanten und anhaltenden steigenden Trend bei den Konzentrationen von Schadstoffen, Schadstoffgruppen oder Verschmutzungsindikatoren ermitteln. Sobald ein gefährlicher Trend festgestellt wird, müssen sie Maßnahmen für eine Trendumkehr ergreifen. Zudem sind alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um Einträge gefährlicher Stoffe in das Grundwasser zu verhindern oder zu beschränken. Mitgliedstaaten, die einen Großteil ihres Trinkwassers aus Grundwasser beziehen, können auch strengere nationale Maßnahmen ergreifen als von der Richtlinie vorgesehen. Eine dieser Maßnahmen kann beispielsweise die Festlegung von Trinkwasser-Schutzgebieten sein, die das gesamte Hoheitsgebiet umfassen können. Da in einigen Gebieten land- und forstwirtschaftliche Verfahren geändert werden könnten, stehen für daraus entstehende Einkommensverluste Mittel aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) zur Verfügung. (CS)

Weitere Informationen:

 http://www.europarl.europa.eu/news/expert/infopress_page/064-1356-345-12-50-911-20061207IPR01146-11-12-2006-2006-false/default_de.htm

Energiestrategie: Parlament verabschiedet Bericht zum Grünbuch

Das Europäische Parlament hat am **14. Dezember 2006** seinen Initiativbericht zu dem im Frühjahr 2006 von der EU-Kommission vorgelegten Grünbuch zur Europäischen Energiestrategie verabschiedet. Berichterstatlerin war die britische Labour-Abgeordnete Eluned Morgan. Der Bericht hat zwar keine rechtlich bindende Wirkung, ist jedoch ein politisches Signal für das Energiepaket der EU-Kommission, das voraussichtlich am 10. Januar 2007 veröffentlicht wird.

Hinsichtlich des Energieträgermix fordern die Abgeordneten in dem umfangreichen Bericht unter anderem, einen Anteil erneuerbarer Energien am Primärenergieverbrauch von 25 Prozent bis 2020 in der EU vorzuschreiben. Im Rahmen des von der Kommission vorgelegenden Fahrplans für erneuerbare Energien soll darüber hinaus eine Harmonisierung der Fördersysteme angestrebt werden. Außerdem soll der allergrößte Teil des Energieverbrauchs der EU bis 2050 aus kohlenstofffreien Quellen stammen bzw. durch Technologien bereitgestellt werden, die Treibhausgasemissionen unterbinden. Das schließt nicht nur erneuerbare Energien, sondern auch Clean-Coal-Technologien mit Rückhalte- und Speicherlösungen für Kohlendioxid sowie Nukleartechnologien in das Spektrum der gewünschten Technologien ein. Der Kernenergie wird ein wichtiges Potential bei der Reduktion der Treibhausgasemissionen zugebilligt, die Entscheidung über deren Einsatz wird jedoch ausdrücklich den einzelnen Mitgliedstaaten überlassen.

Konkrete Ziele werden auch für die Reduktion der Treibhausgasemissionen gefordert. Hinsichtlich der Kohlendioxidemissionen sollte eine Reduktion um 30 Prozent bis 2020 angestrebt werden. Deutliche Forderungen

gen werden zur Revision des Emissionszertifikatehandels erhoben. Insbesondere sei eine größere Harmonisierung der nationalen Zuteilungsregeln für Zertifikate unter stärkerer Berücksichtigung der Auktionierung und des Benchmarkings erforderlich. Zudem müssten weitere Sektoren in den Emissionszertifikatehandel einbezogen werden.

Im Bereich des Strom- und Gas-Wettbewerbs und der Energienetzregulierung votiert das Parlament für eine vollständige eigentumsrechtliche Trennung der Übertragungsnetze von den übrigen Aktivitäten der Energieversorger für den Fall, dass sich die bisherigen Vorschriften zur Trennung (organisatorische und buchhalterische Entflechtung) als wirkungslos erweisen. Angesichts der sehr kritischen Einschätzung der EU-Kommission zur Entwicklung des Strom- und Gasbinnenmarktes dürfte die Kommission die Äußerung des Parlaments als Stärkung ihrer Position sehen, eine möglichst vollständige Abtrennung der Netze durchzusetzen. (DK)

Weitere Informationen:

 <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+PV+20061214+ITEM-006-35+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Verbraucherpolitik: Neue Risikokategorien bei BSE-Vorschriften

Das Europäische Parlament hat am **12. Dezember 2006** in zweiter Lesung die Änderung der sogenannten TSE-Verordnung (Transmissible Spongiforme Enzephalopathien) beschlossen.

Mit der Annahme des Berichts der Berichterstatterin Dagmar Roth-Berendt haben die Abgeordneten den gemeinsamen Standpunkt des Ministerrates ohne Änderungen gebilligt, so dass die Verordnung in Kürze in Kraft treten kann. Mit der Revision wird die Verordnung an die Regelungen des Internationalen Tierseuchenamts (OIE) angepasst, die drei statt bisher fünf BSE-Risikokategorien für die Einstufung vorsehen. Jeder Mitgliedsstaat muss zukünftig ein jährliches TSE-Überwachungsprogramm durchführen, zu dem ein Screening-Verfahren mit einem Schnelltest gehört. Die Verordnung legt Bestimmungen zur Ausfuhr und Lagerung von Tierfutter sowie die Voraussetzungen zur Verhängung von Verbringungsperren von TSE-verdächtigen Tieren fest. Die Mitgliedstaaten können zudem spezifische Zuchtungsprogramme einführen. (Hag)

Weitere Informationen:  <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?objRefId=132607&language=DE>

Beste Verfügbare Techniken

Die EU-Kommission hat acht weitere Merkblätter zu den Besten Verfügbaren Techniken (BVT) verabschiedet. Mit den BVT-Merkblättern "Großfeuerungsanlagen", "Emissionen aus der Lagerung", "Abfallverbrennungsanlagen", "Abfallbehandlungsanlagen", "Oberflächenbehandlung von Metallen und Kunststoffen", "Herstellung organischer Feinchemikalien", "Nahrungsmittel-, Getränke- und Milchindustrie" sowie "Ökonomische und medienübergreifende Aspekte" sind nun 25 der insgesamt 33 BVT-Merkblätter im EU-Amtsblatt (C 253/03 und C 257/06) veröffentlicht worden. Fachleute aus den EU-Mitgliedstaaten haben sie gemeinsam mit der Industrie und den Umweltschutzverbänden erarbeitet.


Die Merkblätter beschreiben die Besten Verfügbaren Techniken im Rahmen der EG-Richtlinie 96/61/EG über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IVU-Richtlinie). Die Genehmigung besonders umweltrelevanter Industrieanlagen beruht in der gesamten EU auf den Besten Verfügbaren Techniken.

Quelle: Umweltbundesamt

Die BVT-Merkblätter, zum Teil in deutscher Übersetzung, sind im Internet abrufbar unter:

 <http://www.bvt.umweltbundesamt.de/kurzue.htm>

Weitere Informationen zur IVU-Richtlinie finden Sie auf den Internetseiten der EU-Kommission und des UBA:

 <http://europa.eu.int/comm/environment/ipcc/index.htm>, <http://www.bvt.umweltbundesamt.de/>

EU-Umweltmonitor

Was alles in der EU in Sachen Umweltpolitik konkret läuft, zeigt der regelmäßig erscheinende DIHK-EU-Umweltmonitor. Der DIHK verfolgt die gesetzgeberischen Aktivitäten, weist die Fundstellen einzelner Verfahrensschritte nach und gibt Auskunft über die nächsten Schritte und wichtige Ansprechpartner.

Deutsche Beihilfen für umweltfreundliche Lkw gebilligt

Am 24. Januar 2007 hat die Kommission den deutschen Plan zur Förderung umweltfreundlicher schwerer Nutzfahrzeuge genehmigt, wonach Transportunternehmer beim Kauf emissionsarmer schwerer Nutzfahrzeuge unterstützt werden. Nach dem Beihilfeplan erhalten Spediteure Investitionszuschüsse und zinsgünstige Darlehen, wenn sie Lkw kaufen, die strengere Abgasnormen erfüllen als gesetzlich vorgeschrieben (Euro 5 oder strenger). Die Beihilfen haben einen Wert von 100 Millionen Euro jährlich. Unter bestimmten Voraussetzungen wird der Kauf schwerer EURO 5-Nutzfahrzeuge bis 30. September 2008 gefördert. Zuschüsse bei der Anschaffung besonders emissionsarmer schwerer Nutzfahrzeuge, deren Motoren strengere Abgasnormen als EURO 5 erfüllen, wurden für eine Laufzeit von sechs Jahren genehmigt. Zwar erhalten deutsche Transportunternehmer durch die Förderung einen wirtschaftlichen Vorteil, weil aber damit die durch den Straßenverkehr verursachten Schadstoffemissionen verringert werden, sind die staatlichen Zuschüsse im vorliegenden Maß aus Umweltschutzgründen erlaubt.

Strengere Abgasnormen für Pkw

Das Europäische Parlament hat sich am 13. Dezember 2006 in erster Lesung für eine Verschärfung der Emissionsgrenzwerte für Kraftfahrzeuge, insbesondere für Stickoxide und Feinstaub, ausgesprochen. Gegenstand der Abstimmung war ein mit dem Rat ausgehandelter Kompromiss zu einer Verordnung über Grenzwerte für die Abgasnormen Euro 5 und Euro 6. Die Verordnung soll 2007 in Kraft treten und ab Mitte 2008 von den Mitgliedstaaten angewendet werden.

Die Euro 5-Norm soll die seit 2005 geltende Euro 4-Norm ablösen. Sie sieht eine Reduzierung der Stickoxidemissionen auf 60 mg/km bei Pkw mit Benzinmotoren und auf 180 mg/km bei Pkw mit Dieselmotoren vor. Der Grenzwert für die Partikelemissionen wird um 80 Prozent von 25 auf 5 Milligramm pro Kilometer gesenkt. Die Kohlenwasserstoff- und Stickoxidemissionen von Dieselmotoren dürfen dann noch 230 Milligramm pro Kilometer betragen. Die Euro 5-Norm soll ab September 2009 für die Typgenehmigung aller Pkw und leichter Nutzfahrzeuge gelten. Für Dieselfahrzeuge mit einem Gewicht von mehr als zwei Tonnen, die für spezielle soziale Aufgaben bestimmt sind, wie beispielsweise Rettungs- und Bergungsfahrzeuge oder Großfamilienfahrzeuge für sieben oder mehr Insassen, gilt bis Ende 2011 eine Ausnahmeregelung.

Die Verordnung enthält außerdem bereits Standards für eine Euro 6-Norm, die ab September 2014 für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge gelten soll.

NEUE VERFAHREN/PRODUKTE

(Die folgenden Beiträge basieren auf Firmenangaben. Daher keine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit)

Epuramat entwickelt revolutionäres Abwasserreinigungssystem

Luxemburger Firma hat innovatives Klärsystem zur Reinigung von industriellem und kommunalem Abwasser entwickelt

Die Luxemburger Gesellschaft Epuramat hat ein grundlegend neues Verfahren zur Klärung von industriellem und kommunalem Abwasser entwickelt. Das innovative Abwasserreinigungssystem von Epuramat kostet bei gleicher Reinigungsleistung nur etwa die Hälfte von herkömmlichen Kläranlagen, ist extrem wartungsarm und benötigt nur den Bruchteil des Platzes einer Anlage mit vergleichbarer Leistung.

Epuramat hat die mechanische Vorreinigung dank ihrem zum Patent angemeldeten Fest-/Flüssig-Trenner derart optimiert, dass bis zu 99 Prozent der absetzbaren Stoffe abgeschieden werden. Die weitergehende Abwasserreinigung ist somit weniger belastet, und sie kann wesentlich kompakter und effektiver gestaltet werden. Dank der massiv verbesserten Vorklärung von Epuramat können Betreiber von industriellen und kommunalen Kläranlagen endlich auch Membrantechnologien einsetzen, ohne dass die teuren Filter auf Grund der vielen Feststoffe im Abwasser dauernd verstopfen, beschädigt werden oder rückgespült werden müssen. Auch in der Schlammbehandlung geht Epuramat neue Wege. Durch die verbesserte Vorklärung entsteht kein Überschussschlamm in der Biologie. Der abgetrennte Schlamm aus dem Fest-/Flüssig-

Trenner lässt sich nach einem neuen Verfahren zu Pellets weiterverarbeiten, welche geruchlos und lagerungsfähig sind und zur Wärme- oder Stromerzeugung verwendet werden können. Der Schlamm wird bei Epuramat problemlos beseitigt. Die ersten Analysen von Wasserproben bestätigen die effiziente Reinigungsleistung dieser neuen Technologie: Die Epuramat-Kläranlage reduzierte die CSB-Belastung von 1200 mg/l bei kommunalem Abwasser auf einen Wert von 39 mg/l; abfiltrierbare Feststoffe wurden von 500 mg/l auf 1mg/l reduziert. Die ersten Analysen zeigen, dass die Epuramat-Kläranlage die Voraussetzungen erfüllt, um geklärtes Abwasser selbst in Naturschutzgebieten direkt einleiten zu können.

Epuramat stellt die technologisch fortschrittlichsten Kläranlagen und Klärsysteme für kommunales und industrielles Abwasser bereit. Die neuartige Technologie von Epuramat auf der Basis eines Fest-/Flüssig-Trenners ermöglicht eine effizientere und kostengünstigere Klärung von verschmutztem Wasser. Epuramat hat im Oktober 2006 eine voll funktionsfähige Kläranlage auf der Basis dieser neuartigen Technologie fertiggestellt. Epuramat ist aus dem Businesswettbewerb von 1, 2, 3 GO hervorgegangen. Die Gesellschaft Epuramat hat ihren Sitz in Esch/Alzette.

Weitere Informationen im Internet unter:  www.epuramat.com

FÖRDERPROGRAMME

Umwelt: Neue Förderprogramme im Verkehrsbereich

Am **25. Januar 2007** wurden im Rahmen des bestehenden ERP-Umwelt- und Energiesparprogramms zwei neue Förderprogramme im Verkehrsbereich eingerichtet. Gefördert werden umweltfreundliche Logistikzentren und moderne Binnenschiffe.

Citylogistikzentren werden künftig bei der Beschaffung von emissions- und lärmarmen Fahrzeugen für den Verteilerverkehr unterstützt. Ziel ist es, dass innovative Pilotprojekte verbreitet werden. Die Förderung dient auch der Unterstützung von Maßnahmen zur Senkung der Feinstaub- und Stickoxidbelastung in Innenstädten und Ballungsräumen. Aufgrund zahlreicher Überschreitungen der EU-Luftqualitätsgrenzwerte für Feinstaub in Großstädten wurden Verkehrsbeschränkungen wie beispielsweise die Einrichtung von Umweltzonen eingeleitet. Davon ist insbesondere auch der Verteilerverkehr stark betroffen. Die Förderung emissionsarmer Fahrzeuge trägt zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit bei.

Der zweite Förderschwerpunkt betrifft emissionsarme und flussverträgliche Binnenschiffe. Mit dem Einsatz von Abgasreinigungstechniken wie Partikelfilter und Stickoxidminderungstechnik soll die Modernisierung der Binnenschiff flotte vorangetrieben werden. Die derzeitige Flotte, die zum Teil 40 Jahre und älter ist, verfügt meist über keine derartige Technik und erhöht damit die Luftbelastung an Hafenstandorten und entlang der Flüsse. Die Mineralölwirtschaft möchte das Angebot an schwefelfreiem Schiffsdiesel zukünftig verbessern.

Das Förderprogramm geht auf eine gemeinsame Initiative des Bundesumweltministeriums und des Bundeswirtschaftsministeriums zurück. Die zinsgünstigen Kredite im Rahmen des ERP-Programms werden über die Hausbanken bei der KfW-Bankengruppe beantragt. (CS)

Weitere Informationen:

 http://www.bmu.de/pressemitteilungen/pressemitteilungen_ab_22112005/pm/pdf/38587.pdf

Schnell und einfach zum richtigen Förderprogramm – BMWi veröffentlicht neue Förderdatenbank des Bundes im Internet

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BmWi) präsentiert ab heute die neue Förderdatenbank des Bundes im Internet mit erweiterten Suchmöglichkeiten, zusätzlichen Inhalten und rundum aktualisierter Optik. Unter der Adresse www.foerderdatenbank.de stehen detaillierte Informationen über mehr als 1.000 Förderprogramme von Bund, Ländern und Europäischer Union zum Abruf bereit. Das erweiterte Angebot umfasst u.a. einen Förderassistenten, der interessierte Gründer und Unternehmer Schritt für Schritt zum passenden Förderangebot führt.

Weitere Informationen:  <http://www.foerderdatenbank.de>

Solarförderprogramm neu aufgelegt


Mindestzuschuss beträgt 275 Euro


Nach mehrmonatiger Unterbrechung wird die Installation von solarthermischen Anlagen wieder staatlich bezuschusst. Für Solaranlagen, die nur zur Warmwasserbereitung genutzt werden, gibt es pro Quadratmeter Kollektorfläche 40 Euro, mindestens aber 275 Euro. Solaranlagen, die auch zur Heizungsunterstützung eingesetzt werden erhalten 70 Euro je Quadratmeter. Diese Förderung unter Regie des Bundesamtes für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) gilt für alle Solarthermieanlagen bis zu 40 Quadratmeter Kollektorfläche.

Zugleich wurde das Verfahren vereinfacht. Antrag und Abrechnung werden vom BAFA künftig in einem Schritt bearbeitet. Daher soll der Förderantrag erst nach Fertigstellung der Solaranlage eingereicht werden, aufgrund der Verfahrensumstellung jedoch erst ab 15. März 2007. Gute Nachrichten auch für alle, die wegen des ausgeschöpften Fördermitteltopfes im vergangenen Jahr leer ausgegangen sind: Sie können bis zum 31. Juli 2007 einen neuen Antrag stellen.

Förderprogramme für mehr Energieeffizienz

Eine komplett aktualisierte Auflage der Informationsbroschüre über Förderprogramme für Energieeffizienzmaßnahmen und erneuerbare Energien hat das Bundesumweltministerium (BMU) in Zusammenarbeit mit dem BINE Informationsdienst herausgegeben. Rund 900 Förderprogramme der Europäischen Union, von Bund, Ländern, Kommunen und Energieversorgern werden vorgestellt. Die Bundesregierung stellt 1,4 Milliarden Euro für die energetische Gebäudesanierung und 213 Millionen Euro für das Marktanreizprogramm für erneuerbare Energien bereit. Damit sind die Fördermittel in beiden Bereichen deutlich aufgestockt worden.

Die Broschüre „Geld vom Staat für Energiesparen und erneuerbare Energien“ ist im Internet zu finden unter:  www.bmu.de/36207.

Zusätzlich informiert der BINE Informationsdienst im Internet unter:  www.energiefoerderung.info.

Zukunftsradar 2007: Preis für Energieprojekte

Mit ihrem mit einem Preisgeld von 10.000 Euro dotierten Anerkennungspreis „Zukunftsradar“ zeichnet die Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz bereits realisierte oder realisierbare Projekte und Konzepte aus, die innovative Energiestrategien für Rheinland-Pfalz beinhalten. Unternehmen, die auf dem Gebiet der Energiegewinnung oder Energienutzung neue Konzepte entwickelt haben, können sich bis zum 15. Juli 2007 bei der Zukunftsinitiative Rheinland-Pfalz, Kaiser-Friedrich-Straße 1, 55116 Mainz bewerben. Ansprechpartner ist Christoph Hadnagy, Tel. (06131) 165685.

Weitere Informationen gibt es im Internet unter:

 http://www.zirp-online.de/images/stories/zirp/pdf_download/Bewerbungs-Unterlagen-Energie.pdf.

Programm „ISB-Darlehen für Technologie und Energie“ verlängert

Das rheinland-pfälzische Förderprogramm „ISB-Darlehen für Technologie und Energie“ wird bis zum 31. Dezember 2008 verlängert. Ursprünglich sollte es zum 31. Dezember 2006 enden. Gefördert werden Investitionen in Technologie- oder Energievorhaben in gewerblichen Unternehmen wie beispielsweise Pilot- oder Demonstrationsprojekte im Energiebereich, Erkundungsbohrungen für die Tiefengeothermie, Aufbau von Nah- und Fernwärmenetzen.

Weitere Informationen:  http://www.isb.rlp.de/inv_service.html?id=133&lang=de.

KURZ NOTIERT

Veranstaltungsplaner 2007 Energieeffizienz und Erneuerbare Energien

Planen Sie 2007 mit BINE

Brauchen Sie einen übersichtlichen Planer für Ihre wichtigen Energietermine? Planen Sie 2007 mit BINE - energieeffizient und mit unerschöpflicher Energie, Format 70 cm x 50 cm; mit den wichtigsten überregional bedeutsamen Messen und Veranstaltungen. Themenbereich: Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Fordern Sie den BINE-Veranstaltungsplaner kostenfrei an bei:

BINE Informationsdienst, Kaiserstraße 185-197, 53121 Bonn, ✉ bine@fiz-karlsruhe.de, <http://www.bine.info>

BINE ist ein Informationsdienst von FIZ Karlsruhe und wird vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) gefördert. FIZ Karlsruhe ist Dienstleister und Servicepartner für das Informationsmanagement und den Wissenstransfer in Wissenschaft und Wirtschaft. Schwerpunkte sind die weltweit einzigartige Datenbankkollektion von STN International und die Entwicklung von e-Science-Lösungen.

Weitere Informationen und Bestellmöglichkeit unter:

📄 http://www.bine.info/templ_meta.php/publikationen/weitere_publicationen/433/link=clicked/

Quelle: FIZ Karlsruhe

Umwelt: Leitfaden für umweltgerechte Organisation von Veranstaltungen

Da Deutschland am **1. Januar 2007** turnusgemäß für ein halbes Jahr die Präsidentschaft in der Europäischen Union übernommen hat und zeitgleich auch die G8-Präsidentschaft antrat, haben das Bundesumweltministerium und das Umweltbundesamt einen Leitfaden für die umweltgerechte Organisation von Veranstaltungen erarbeitet. Im Jahr 2007 wird eine Reihe von Veranstaltungen in Deutschland stattfinden, bei deren Organisation auch Umweltaspekte gebührend Berücksichtigung finden sollten. Der Leitfaden enthält Empfehlungen und praktische Hinweise zu den wichtigsten Handlungsfeldern bei der Vorbereitung von Tagungen, Expertentreffen und vergleichbaren Veranstaltungen. (CS)

Weitere Informationen: 📄 <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3026.pdf>

REACH: Fragebogen für beratende Dienstleister

Die Chemikalienverordnung REACH ist beschlossen und tritt am 1. Juni 2007 in Kraft. Mit Blick auf den anstehenden Beratungsbedarf können interessierte Unternehmen, die eine Beratung anbieten möchten, auf der UMFIS-Datenbank den Fragebogen für beratende Dienstleister (FB 04-370) online von ihrer IHK anfordern. (CS)


Weitere Informationen: 📄 <http://www.umfis.de/index.html?fb01.php>

Mobilfunkfelder:


Keine Hinweise auf Beeinflussung von Hirnfunktionen

Eine von der Forschungsgemeinschaft Funk (FGF) finanzierte Studie zur Untersuchung von Verarbeitungsprozessen im menschlichen Gehirn unter der Einwirkung von GSM-Mobilfunkfeldern wurde im Jahr 2005 beendet. Die Ergebnisse sind jetzt in zwei wissenschaftlichen Publikationen veröffentlicht worden. Die Forscher konnten in den Untersuchungen keinen Einfluss auf Reaktionszeit, Gedächtnisleistung oder EEG der Testpersonen feststellen.

Frühere Ergebnisse der finnischen Forscher und auch anderer Verhaltensforscher, die eine Beeinflussung von Hirnfunktionen durch Mobilfunkfelder gezeigt hatten, konnten somit nicht bestätigt werden. Insgesamt kommen die seit Mitte der 90er Jahre veröffentlichten Studien zu diesem Themenkomplex zu widersprüchlichen Ergebnissen. Die Vergleichbarkeit dieser Untersuchungen ist außerdem durch sehr unterschiedliche

Studiendesigns eingeschränkt. Die vorliegende Studie reiht sich in die wachsende Zahl von Untersuchungen mit negativen Befunden ein, die keinen Effekt elektromagnetischer Felder auf die Verarbeitungsprozesse im menschlichen Gehirn zeigten. Der Abschlussbericht zum Projekt steht auf der Webseite der FGF zum Download bereit:  <http://www.fgf.de/fup/ergebnisse/erg-10invivomensch.htm>

China: Stoffbeschränkungen in elektronischen Produkten

Seit 1. März 2007 gelten in China Stoffbeschränkungen für elektronische Produkte, die aufgrund ihrer teilweisen Vergleichbarkeit mit der europäischen RoHS-Richtlinie auch als „China-RoHS“ bezeichnet werden. Es gibt allerdings auch gravierende Unterschiede. Eine Übersicht zu den wichtigsten Regelungen gibt es unter:  http://www.offenbach.ihk.de/innovation-umwelt/pdf/Merkblatt_China_RoHS.pdf.

Klimawandel: Regionale Klimaänderungen in Deutschland

Die am 29. Januar 2007 veröffentlichten „Neue Ergebnisse zu regionalen Klimaänderungen“ zeigen, wie sich der Klimawandel in Deutschland regional auswirken kann und welche Regionen besonders betroffen sein könnten. Erste Ergebnisse zeigen, dass bis Ende des Jahrhunderts gegenüber den Jahren 1961 bis 1990 mit einem Anstieg der Temperaturen zwischen 1,8 und 2,3 Grad Celsius zu rechnen ist. Die stärkste Erwärmung ist im Norden Deutschlands sowie in den Voralpen zu erwarten. Bei den Niederschlägen gibt es regionale Unterschiede. Das ohnehin schon trockene norddeutsche Tiefland muss etwa mit der Hälfte an Niederschlägen rechnen, während in den Gebirgsregionen vor allem im Winter die Niederschläge zunehmen werden. Die Modellrechnungen verdeutlichen, was auf Deutschland zukommen kann und helfen, sich rechtzeitig darauf einzustellen.

Weitere Informationen:

 <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2007/pd07-002.htm>.

VCI veröffentlicht Transport-Leitlinien für Chemikalien


Der Verband der Chemischen Industrie (VCI) hat neue beziehungsweise aktualisierte Leitfäden zum sicheren Transport von Chemikalien herausgegeben: den Leitfaden Gefahrgut-Vorschriftenänderungen 2007, die Leitlinie zur Beförderung gefährlicher Güter im Pkw/Kombi, die Leitlinie Gegenüberstellung der Kennzeichnung Gefahrstoff/Gefahrgut sowie die Leitlinie zur Einstufung Wasser verunreinigender Stoffe, Lösungen und Gemische in den Gefahrgut-Transportvorschriften.

Eine Orientierungshilfe ist die Übersicht über die wichtigsten nationalen Gefahrgut-Transportvorschriften außerhalb Deutschlands. Daraus ist ersichtlich, welche zusätzlichen Besonderheiten beim Gefahrguttransport in anderen (ausgewählten) Staaten zu beachten sind. Diese Orientierungshilfe ist auch in englischer Sprache (Overview: Transport of Dangerous Goods – Rules) verfügbar.

Alle VCI-Leitlinien stehen im Internet unter:  www.vci.de (Rubrik Transport/Verpackung – Chemikalien sicher befördern).

Hintergrundpapier des UBA über perfluorierte Verbindungen

Die Nachweise perfluorierter Verbindungen im menschlichen Blut und in Gewässern, besonders im Trinkwasser, erregen zunehmend Besorgnis in der Bevölkerung – nicht nur im nordrhein-westfälischen Sauerland. Dort wiesen Wissenschaftler der Universität Bonn im Sommer 2006 perfluorierte Verbindungen ausgerechnet in Gewässern nach, die der Trinkwasserversorgung dienen. Mit einem neuen Hintergrundpapier zu perfluorierten Verbindungen will das Umweltbundesamt (UBA) Klarheit in die Diskussion bringen und die aktuellen wissenschaftlichen Hintergründe vermitteln. Das Papier stellt die wichtigsten perfluorierten Verbindungen, ihre Verwendungen und Verbreitungspfade bis in unser Blut sowie die Risiken für Mensch und Umwelt dar.

Das Hintergrundpapier „Perfluorierte Verbindungen: falscher Alarm oder berechtigte Sorge?“ ist erhältlich unter:  <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/hintergrund/perfluorierte-verbindungen.pdf>.

VERANSTALTUNGSKALENDER

20. Luxemburger Umweltmesse <<Oeko-Foire 2007>>

Die Umweltschutzorganisation Mouvement Ecologique und das OekoZenter Lëtzebuerg laden zum 20. Mal ein zur Umweltmesse Oeko-Foire, die dieses Jahr vom 14. – 16. September stattfindet. Potenzielle Aussteller können sofort ihre Teilnahme anmelden.

Folgende Produktparten sind vertreten: Ernährung, Baumaterialien, Energie (u.a. Heizsysteme, Solarkollektoren, Windkraft, Wärmerückgewinnung), Kosmetik, Textilien, Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, Verkehr, Produkte für den Haushalt (u.a. Wasch- und Putzmittel, Haushaltsgeräte), Projekte im sozialen, ökologischen und dritte Welt Bereich. Bleibt hervorzuheben, dass alle ausgestellten Produkte ökologischen Mindestkriterien gerecht werden müssen, die von den Organistoren für die verschiedenen Produktparten erstellt wurden, so dass die Messe ein besonderes Vertrauen bei den Besuchern genießt.

Alle Betriebe, Firmen, Organisationen oder Einzelpersonen, die sich für eine Teilnahme an der Oeko-Foire 2007 interessieren, können weitere Informationen nachfragen bei: Luxexpo, ☎ (00352) 4399-1 oder ✉ (00352) 4399-315, ✉ info@luxexpo.lu.

Qualitätsmanagement und die Gute Laborpraxis

Die Einführung und Pflege eines Qualitätsmanagementsystems erfordert von verantwortlichen und beteiligten Mitarbeitern umfangreiche Kenntnisse der geltenden regulatorischen und technischen Voraussetzungen.

Das Fortbildungszentrum für Technik und Umwelt bietet hierzu eine Seminarreihe an, die über die aktuellen Anforderungen der verschiedenen QM-Systeme und die Möglichkeiten zu einer praxisorientierten Umsetzung informiert:

- Akkreditierung und Qualitätsmanagement von Prüf- und Forschungslaboratorien nach DIN EN ISO/IEC 17025 (U330)
- Akkreditierung im medizinischen Labor nach DIN EN ISO 15189 (U336)
- Qualitätssicherung im analytischen Labor (U333)
- Einführung in die Gute Laborpraxis (U3334)
- GLP aktuell – SOPs und Computervalidierung (U335)

Veranstaltungstermine und weitere Einzelheiten finden sich unter: 🌐 www.fortbildung.fzk.de.

TÜV – Seminare

Die TÜV Saarland Gruppe bietet folgende Lehrgänge an:

Betriebsbeauftragter für Immissionsschutz
16. bis 19. April 2007 in Trier

Update im Abfallrecht – Umsetzung der Neuerungen in die betriebliche Praxis
2. Mai 2007 in Sulzbach/Saar

Umweltmanagement-Beauftragter (TSG) gemäß ISO 14001 und EMAS
2. bis 4. April 2007 in Sulzbach Saar

Für weitere Auskünfte steht in der TÜV Saarland GmbH – Seminare, Am TÜV 1, 66280 Sulzbach, ☎ (06897) 506-521, ✉ info@tuev-seminare.de zur Verfügung.

Für die Anmeldung zu den nachstehenden Lehrgängen nehmen Sie bitte Kontakt auf mit: Frau Anja Schönberger, ☎ (0681) 95 20-441, ✉ (0681) 5 84 61 25, ✉ schoenbergera@zpt.de

Der QM-Beauftragte und Fachauditor

17. und 18. April 2007 - Teil II

23. und 24. Mai 2007 - Teil III

27. und 28. Juni 2007 - Teil IV

Richtiger Umgang und Handel mit Gefahrstoffen

Grundkurs – 26. März 2007

Aufbaukurs 1 – 27. März 2007

Aufbaukurs 2 – 28. März 2007

Ausbildung zum Umweltbetriebsprüfer und zum Umweltauditor

Block I - 19. bis 23. März 2007

Block II - 23. bis 27. April 2007

Block III - 21. bis 25. Mai 2007

Betriebsbeauftragte für Gewässerschutz

08. bis 11. Mai 2007

Fortbildung für Abfallbeauftragte

15. / 16. Mai 2007

Fortbildung für Immissionsschutzbeauftragte

4./5. Juni 2007

Betriebsbeauftragte für Immissionsschutz

11. bis 15. Juni 2007

Betriebsbeauftragte für Abfall

19. bis 22. Juni 2007

Umgang mit und Lagerung von Gefahrstoffen und wassergefährdenden Stoffen im Betrieb

26. Juni 2007

FÜR SIE GELESEN

FNR veröffentlicht Marktanalyse

Chancen von nachwachsenden Rohstoffen ausgelotet.

Um Märkte und Potenziale dreht sich die neueste Veröffentlichung der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe (FNR) e.V. Das Meo Consulting Team aus Köln hat dazu nicht nur die Bedeutung verschiedener Produkte in Deutschland ausgelotet. Auch Strom, Wärme und Kraftstoffe werden unter die Lupe genommen. Die "Marktanalyse Nachwachsende Rohstoffe" ist bei der FNR kostenlos erhältlich. Wer sich für die Perspektiven von Bioschmierstoffen, Faserverbunden oder Pharmazeutika auf dem deutschen Markt interessiert, wird in der Marktübersicht "Nachwachsende Rohstoffe", die die FNR jetzt herausgegeben hat, einen umfangreichen und mit Zahlen und Grafiken gespickten Überblick finden.

Eine anspruchsvolle Aufgabe angesichts der Breite des Themas: ob Öle und Fette, Zucker, Stärke oder Fasern, nachwachsende Rohstoffe haben sich in den verschiedensten Produkten mittlerweile mehr oder weniger etabliert. Dass politische Rahmenbedingungen einen erheblichen Anreiz darstellen, zeigen die Ergebnisse zur Bioenergie. Sowohl der Stromgewinnung aus Biogas als auch den Biokraftstoffen sagen die Verfasser eine dynamische Entwicklung voraus.

Die Studie ist inhaltlich zweigeteilt. Im ersten Teil werden elektrische und thermische Energie sowie die Biokraftstoffe analysiert. Der zweite Teil widmet sich nicht nur den Schmier- und Verfahrensstoffe, der Chemie,

Farben und Lacken und Pharma und Kosmetik. Er beinhaltet auch Kapitel zu Papier, Karton und Pappe, Verpackungsprodukten, Faserverbundwerkstoffen und Formteilen, Textilien, Baumaterialien, Dämmprodukten und Möbeln.

Bei der Erarbeitung erhielt das Meo Consulting Team Unterstützung durch das Institut für Energetik und Umwelt gGmbH und das Faserinstitut Bremen.


Wer die genauen Zahlen zur aktuellen und zukünftigen Nutzung sowie der zu erwartenden Marktbedeutung nachlesen möchte, kann die Studie unter  www.fnr.de unter dem Stichwort "Literatur" kostenlos anfordern.

FNR legt Jahresbericht 2005/2006 vor

- Bilanz zu Anbau und Förderung nachwachsender Rohstoffe

Der aktuelle Jahresbericht der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V. (FNR) ist erschienen und berichtet in kompakter Form über die Förderaktivitäten des vergangenen Geschäftsjahres. Danach steigt nicht nur das Interesse von Forschung und Wirtschaft an neuen Entwicklungen bei nachwachsenden Rohstoffen und Bioenergie, auch der Anbauumfang kletterte zur Ernte 2006 mit 1,56 Millionen Hektar oder 13 Prozent der Ackerflächen Deutschlands auf einen neuen Höchststand. Die FNR, Projektträger des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV), unterstützt Forschung, Entwicklung, Demonstration und Markteinführung nachwachsender Rohstoffe.


Der FNR standen im Geschäftsjahr 2005/2006 insgesamt rund 54 Millionen Euro zur Verfügung. Damit konnten 108 Forschungsprojekte zu nachwachsenden Rohstoffen neu bewilligt werden, so dass insgesamt über 300 laufende Forschungs- und Entwicklungsvorhaben betreut wurden. Darüber hinaus bezuschusste die FNR über 4.000 Einzelmaßnahmen aus dem Markteinführungsprogramm "Nachwachsende Rohstoffe" zum Einsatz von Bioschmier- und Naturdämmstoffen sowie dem Bau von Eigenverbrauchstankstellen für Biodiesel und Pflanzenöl. Neben der Betreuung ihrer Förderprogramme ist die FNR seit jeher auch beratend für Verbraucher und auf politischer Ebene aktiv. Um die energetische Nutzung von Getreide als Brennstoff zeitnah und praxistauglich zu ermöglichen, schlug sie im Berichtszeitraum einen Stufenplan zur Aufnahme des Brennstoffes in die Novelle der 1. BVImschV vor. Die Diskussion hierzu hält nach wie vor an.

Der neue FNR-Jahresbericht kann auf  www.fnr.de im Menüpunkt Literatur bestellt oder heruntergeladen werden.

Quelle: Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e.V.

Energieeffizienz: Multifunktionsgeräte senken die Stromkosten im Büro

Die Deutsche Energie-Agentur (dena) hat am **1. Dezember 2006** darauf hingewiesen, dass Unternehmen den Stromverbrauch in ihren Büros erheblich senken können, wenn statt vieler einzelner Bürogeräte wenige energieeffiziente Multifunktionsgeräte verwendet werden. Die dena empfiehlt Unternehmen deshalb, bei der Beschaffung neuer Bürogeräte auch die Betriebskosten im Blick zu behalten und sich für den Kauf energieeffizienter Multifunktionsgeräte zu entscheiden. Beispielsweise könnten Einsparungen bis zu 90 Prozent erreicht werden, wenn ein Unternehmen jeweils einen durchschnittlichen Arbeitsplatzdrucker und einen Scanner oder ein Faxgerät durch ein effizientes Mehrzweckgerät ersetzt.

Die Office TopTen-Datenbank unterstützt Unternehmen bei der Beschaffung energieeffizienter Bürogeräte. Dort kann nach effizienten Multifunktionsgeräten ebenso wie nach energieeffizienten Computern, Monitoren, Kopierern, Druckern, Scannern und Faxgeräten gesucht werden. (CS) Zu bestellen ist der Leitfaden gegen eine Schutzgebühr von 28 Euro unter  www.office-topten.de.

Weitere Informationen:

 <http://www.dena.de/de/themen/thema-strom/pressemitteilungen/pressemeldung/1-dezember-2006/>

Kühlen, schmieren – und schützen

CD-ROM Kühlschmierstoffe und andere komplexe kohlenwasserstoffhaltige Gemische

Die CD-ROM bietet eine praxisorientierte und komfortable Informationsquelle, um mit Kühlschmierstoffen (KSS) und anderen komplexen kohlenwasserstoffhaltigen Gemischen sicher umzugehen. Die Inhalte wenden sich an Unternehmen und alle mit Arbeitsschutz befassten Personen wie Sicherheitsingenieure, Fach-

kräfte für Arbeitssicherheit, Betriebsärzte, Umweltbeauftragte. In der aktuellen Version 2007 ist unter anderem die neue Gefahrstoffverordnung (GefStoffV) berücksichtigt.

Neben Angaben zur Verwendung, Zusammensetzung und zu Eigenschaften von Kühlschmierstoffen informiert die CD-ROM über Vorschriften und Regeln für den Umgang mit Kühlschmierstoffen, die Ermittlung und Beurteilung von Expositionen, organisatorische und technische Schutzmaßnahmen, den Brand- und Explosionsschutz sowie die Entsorgung.

Die einzelnen Kapitel sind in einer Übersicht zusammengefasst, und die gewünschten Informationen lassen sich durch themenbezogene Verknüpfungen umfassend darstellen. Eine Suchmaschine hilft, spezielle Informationen leicht aufzufinden.


Das erweiterte Checklisten-System wurde neu konzipiert, um es noch praxisgerechter anwenden zu können. Einschlägige Aktualisierungen sind kontinuierlich unter  www.kss-cd.de im Internet abrufbar.





Die CD-ROM bietet die Möglichkeit, zwischen zwei Anwendungen für die Dokumentation und Auswertung der Messwerte zu wählen. Das Arbeitsblatt KSS-Tabelle ist her für Kleinbetriebe geeignet, die maximal zehn Bearbeitungsmaschinen betreiben. Das bewährte KSS-Programm KSScontrol deckt den übrigen Bedarf ab.

Das Programm BGIACheck erlaubt es, eine Gefährdungsanalyse der in einem Unternehmen eingesetzten Kühlschmierstoffe mit Hilfe von Checklisten vorzunehmen.

Herausgeber: Berufsgenossenschaftliches Institut für Arbeitsschutz (BGIA)

Mitwirkung: Vereinigung der Metall-Berufsgenossenschaften, Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik, Allgemeine Unfallversicherungsanstalt Wien, Deutsche BP AG Industrial Lubricants & Services, TÜV Pfalz, eska Ingenieurgesellschaft mbH

Die CD-ROM kostet 54,40 Euro (inklusive MwSt., zuzüglich Versand). Staffelpreise auf Anfrage. Eine Demoversion steht unter  www.kuehlschmierstoff.de bereit.

Storck Verlag, Striepenweg 31, 21147 Hamburg,  (040) 7 97 13-160,  (040) 7 97 13-101,  vertrieb@storck-verlag.de, Nonstop-Bestellservice (Online-Shop):  www.storck-verlag.de

Handbuch für den Abfallbeauftragten

Die Zahl der Umweltauflagen nimmt kontinuierlich zu, die durch Abfälle verursachten Kosten steigen stetig an. Mit dem neuen „Handbuch für den Abfallbeauftragten“ stehen die erforderlichen Werkzeuge, zur Verfügung, die den Weg aus der Kostenfalle ermöglichen.

Außerdem liefert es alle notwendigen Informationen zur Stellung des Abfallbeauftragten im Unternehmen. Dieser gewinnt dadurch ein hohes Maß an persönlicher Rechtssicherheit und spart Zeit für seine Hauptaufgaben im Unternehmen.

Weitere Informationen: Deutscher Wirtschaftsdienst:  www.dwd-verlag.de

Mut zur Nachhaltigkeit – 12 Bücher zur Zukunft der Erde





„Mut zur Nachhaltigkeit“ lautet das Motto einer breit angelegten Informationskampagne, die er Zivilgesellschaft einen neuen Zugang zum Gesamtsystem Erde öffnen wird. International renommierte Wissenschaftler machen ihre Sicht der Dinge in allgemein verständlicher Sprache zugänglich: mit zwölf Büchern zur Zukunft der Erde. Initiatoren und Träger dieses wegweisenden Projekts sind Klaus Wiegandt mit seiner Stiftung Forum für Verantwortung, die ASKO-ERUOPA-STIFTUNG und die Europäische Akademie Otzenhausen.

Die ersten vier Bände der Buchreihe sind kürzlich im S. Fischer Verlag erschienen. Weitere Folgebände zu den Themen Wasser / Ozeane, Energien, Pandemien, Artenvielfalt u. a. sind in Vorbereitung und liegen bis Mitte / Ende 2007 vor.

Broschüre informiert über Chemikalienrecht

Am 1. Juni 2007 tritt ein neues, europaweit geltendes Chemikalienrecht in Kraft. Dabei handelt es sich um die sogenannte REACH-Verordnung, die als Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 am 30. Dezember 2006 im Europäischen Amtsblatt veröffentlicht wurde.

Als nationale Auskunftsstelle (Helpdesk) zur REACH-Verordnung unterstützt die BAuA Unternehmen bei der Umsetzung der neuen Regelung. Jetzt hat die BAuA eine erste Informationsbroschüre veröffentlicht. REACH-Info 1 „Erste Schritte unter neuen EU-Verordnung REACH“ informiert generell über Anforderungen, die durch REACH auf ein Unternehmen zukommen können. Als Auftakt für ein umfassendes Informationsangebot gibt sie Hinweise für Hersteller, Importeure und nachgeschaltete Anwender, damit sie bereits heute mit der Vorbereitung auf REACH beginnen können. Zudem zeigt REACH-Info 1 die Anforderungen auf, die im weiteren Verlauf der Umsetzung von REACH auf Unternehmen zukommen werden. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sollen in einfach verständlicher Form unterstützt werden. Dazu geben Flussdiagramme Entscheidungshilfen, verdeutlichen Fallbeispiele die Anforderungen. Zusammen mit weiterführenden Links zu Online-Angeboten macht es die Broschüre Unternehmen und anderen Interessierten leicht, den Einstieg und die kommenden Anforderungen unter REACH zu bewältigen.

Die kostenlose Broschüre „Erste Schritte unter neuen EU-Verordnung REACH“ befindet sich als Download im PDF-Format (355 KB) auf der Webseite:  www.reach-helpdesk.de oder kann bezogen werden über das Informationszentrum der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Postfach 17 02 02, 44061 Dortmund,  (0180) 321 4 321,  (0180) 321 8 321, (0,09 Euro pro Minute),  info-zentrum@baua.bund.de.

Thermoaktive Bauteilsysteme auf dem Prüfstand

In Verwaltungs- und Gewerbebauten wird die Betonkerntemperierung als populäre Variante der thermoaktiven Bauteilsysteme immer häufiger eingesetzt – nicht zuletzt, weil sie als kostengünstig gilt und eine hohe Behaglichkeit garantieren soll. Das neue Themeninfo „Thermoaktive Bauteilsysteme“ des BINE Informationsdienstes zeigt das Energieeffizienzpotenzial, die Leistungscharakteristik und limitierenden Einsatzbedingungen dieser Systeme. Auf Basis einer wissenschaftlichen Evaluierung mehrerer Modellprojekte werden die Erkenntnisse und Erfahrungen vorgestellt.

Mehr zum neuen Themeninfo „Thermoaktive Bauteilsysteme“ lesen Sie unter:

 http://www.bine.info/news_top.php/bine_news/444/link=clicked/

Verbesserung der Renaturierungsmöglichkeiten bei Abbauvorhaben

Das Buch „Verbesserung der Renaturierungsmöglichkeiten bei Abbauvorhaben“ zeigt für die Planungs- und Genehmigungspraxis Möglichkeiten für eine wirksamere Renaturierung von Abbaustellen auf. Spielräume dafür werden in einer engeren methodischen Verknüpfung mit den Erfordernissen der naturschutzrechtlichen Eingriffsregelung und einer stärkeren Flexibilisierung der Renaturierungsplanung und Genehmigungspraxis bei gleichzeitiger Integration von Erstellungs- und gegebenenfalls Wirkungskontrollen gesehen. Als Entscheidungshilfe für eine optimierte Auswahl von Renaturierungsmaßnahmen werden verschiedene Maßnahmenbündel beschrieben. Abgerundet wird das Buch durch eine Dokumentation von Fallbeispielen, die sowohl Defizite als auch gelungene Ansätze der Renaturierungspraxis im Zusammenspiel mit den Anforderungen der Eingriffsregelung aufzeigt.

Verbesserung der Renaturierungsmöglichkeiten bei Abbauvorhaben, Heft 48, Bundesamt für Naturschutz, von H. Runge und B. Mestermann, 2002, 198 Seiten, 16 Euro. ISBN 3-7843-3721-X.

Auf dem Weg zur 100 Prozent Region

100 Prozent Energieversorgung mit erneuerbaren Energien aus heimischen Quellen? Einige Regionen haben das Ziel bereits erreicht. Was hat sie dabei beflügelt? Wie haben sie es angefangen und wie haben sie den Entwicklungsprozess organisiert und finanziert? Das Autorenteam von B.A.U.M. hat jahrelange Erfahrungen sowohl im Bereich der nachhaltigen Regionalentwicklung als auch auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien. So entstand ein praxisnaher Leitfaden für die Verantwortlichen aller Arten regionaler Entwicklungsinitiativen. Er beschreibt die besten Beispiele aus Deutschland, Österreich und anderen Ländern Europas,

enthält unmittelbar verwendbare Tipps und verweist auf einen gut gepflegten Pool von Hilfsmitteln auf einer speziell dafür betriebenen Internet-Plattform.

Auf dem Weg zur 100 prozentigen Region, Handbuch für eine nachhaltige Energieversorgung von Regionen, B.A.U.M. Consult GmbH, Tischer, Martin; Stöhr, Michael; Lurz, Markus; Karg, Ludwig, 2006, 220 Seiten, 25,44 Euro, ISBN 3-00-018741-3.

Wärmepumpen – Heizen mit Umweltenergie

Heizanlagen mit Wärmepumpen nutzen Umgebungs- oder Abwärme für die Wasserversorgung eines Gebäudes. Damit tragen sie zur weiteren Reduzierung des Verbrauchs an fossilen Energieträgern für Heizen und Kühlen bei. Eine Vielzahl ausgereifter Systeme steht auf dem Heizungsmarkt zur Auswahl.

Das neue BINE-Informationspaket stellt Wärmepumpenheizanlagen zur privaten Gebäudeversorgung in den Mittelpunkt. Erläutert werden Planung und Auslegung, die Regelung und die Umweltbilanz der Anlagen. Weitere Themen sind Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen und physikalische Grundlagen.

Wärmepumpen – Heizen mit Umweltenergie, F.-M. Baumann, et al. 4., erweiterte und völlig überarbeitete Auflage 2006, 112 Seiten, 19,80 Euro, ISBN 3-934595-60-X.

Rationelle und Regenerative Energienutzung

Energie ist ein kostbares Gut. Zwei Faktoren führen zu einer nachhaltigen Energienutzung: Die Minimierung des Bedarfs und die Optimierung der Versorgung. Erste Schritte in diese Richtung sind die Einarbeitung von Energiekonzepten und der Aufbau eines Energiemanagements.

Die vorliegende Neuerscheinung bündelt mehr als 15 Jahre Erfahrung auf diesem Gebiet, die die Mitarbeiter der Transferstelle für Rationelle und Regenerative Energienutzung bei ihrer praktischen und theoretischen Arbeit sammeln konnten. Sie erläutert die Vorgehensweise zur Erstellung von Energiekonzepten und die Aufgaben des Energiemanagements, beschreibt verfügbare sowie in der Entwicklung befindliche regenerative Techniken, stellt Einsatzmöglichkeiten regenerativer und rationeller Energienutzung dar und betrachtet dabei auch die wirtschaftlichen Aspekte.

Die praxisgerechte Darstellung richtet sich an Ingenieurbüros, an Energieverantwortliche im privatwirtschaftlichen wie im öffentlichen Bereich und natürlich an kommunale und gewerbliche Energieversorger.

Rationelle und Regenerative Energienutzung. Herausgegeben von der Transferstelle für Rationelle und Regenerative Energienutzung Bingen, C. F. Müller Verlag, 2006, 239 Seiten, 46,- Euro, ISBN 978-3-7880-7794-5.

GHS – Das neue Chemikalienrecht

Das „Globale Harmonisierte System“ (GHS) der Vereinten Nationen ist die Grundlage für die weltweite Angleichung der zur Zeit regionalen bzw. nationalen Systeme für die Einstufung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe sowie der Vorschriften für die Einstufung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe mit denen für gefährliche Güter. Dieser Doppelleffekt wird weltweit zu einer erheblichen Entlastung der betroffenen Unternehmen, allerdings auch zu umstellungsbedingtem Aufwand führen.

GHS ist eine Empfehlung, die von den Staaten verbindlich eingeführt werden muss. Einige Länder, vor allem solche, die bislang noch gar keine Einstufungs- und Kennzeichnungsvorschriften kannten, werden GHS eins zu eins einführen. Die EU beabsichtigt, GHS ihren Mitgliedsstaaten (zuzüglich denen des EWR) ab 2008 in Form einer Verordnung vorzuschreiben. Da die Vorschriften für die Einstufung und Kennzeichnung gefährlicher Stoffe (und Zubereitungen) in der EU eine vierzigjährige Tradition haben, sind einige Abweichungen von GHS zu erwarten. Hier wird darauf zu achten sein, dass das Ziel der Globalisierung nicht durch eine europäische Variante des GHS ad absurdum geführt wird. GHS soll in der EU parallel zum neuen Chemikaliensystem REACH implementiert werden.

Das Buch informiert über die Grundzüge des GHS, die beabsichtigte Umsetzung durch die EU sowie die voraussichtlichen Auswirkungen auf die betriebliche Einstufungs-, Kennzeichnungs- und Umgangspraxis.

Ziel dieses Buches ist es zu beweisen, dass der Nutzen von GHS durchaus größer sein wird als die zu erwartenden Umstellungsprobleme.

GHS – Das neue Chemikalienrecht, Norbert Müller, ecomed Sicherheit, 132 Seiten, 28,- Euro, ISBN 978-3-609-65061-6.

RECYCLINGBÖRSE

Die **IHK-Recyclingbörse** ist eine vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) koordinierte bundesweite Börse, die dazu dient, gewerbliche Produktionsrückstände der Wiederverwertung zuzuführen.

Interessenten wenden sich bitte unter Angabe der Chiffre-Nr. schriftlich an die IHK Saarland, Geschäftsbereich Wirtschaftspolitik, Frau Altmeyer-Lorke, 66104 Saarbrücken. Die IHK schickt die Angebote ungeöffnet an die Inserenten. Sie hat keinen Einfluss darauf, ob sich der Inserent mit dem Interessenten in Verbindung setzen wird. Mündliche Anfragen können wegen der vereinbarten Vertraulichkeit nicht beantwortet werden.

Über die Internet-Adresse <http://recy.ihk.de> hat außerdem jeder Internet-Teilnehmer die Möglichkeit, nach für ihn brauchbaren Angeboten bundesweit zu suchen.

Angebote

Chiffre-Nummer	Bezeichnung des Stoffes	Menge	Anfallstelle
Chemikalien			
KO-A-3276-01	Flussmittel	280 l	Dörscheid
Kunststoffe			
AC-A-1002-02	Kunststoffspäne, Kunststoffreste, PVC, FPO gemischt	5 qm	Kreis Heinsberg
BI-A-1100-02	Polyurethanabfall (Beschnitt, Austrieb) bestehend aus einem Gemisch aus Weichformschaum und mit Schwerspat (65 Gew %) gefüllten RIM-Polyurethanschwerfolien. Nicht gemahlen oder zerkleinert. Verbundstoff (sortenrein) aus PPC ca. 60 % Polyster und Viskose.	50 t	Bielefeld
FL-A-80-02	EPS und XPS Reste in unterschiedlichen Größen Säge und Fräsreste	20 qm	Schuby
SB-A-815-02	Kunststoff-Tanks in Gitterbox auf Palette (IBC-Behälter) 640 l u. 1000 l, gereinigt	Absprache	Saarland
SB-A-853-02	PE-Schrumpfhäuben 1250/850x2200x0,080mm	Absprache	Saarland
SB-854-02	PE-Schrumpfhäuben 1250/1000x2700x0,080mm	1000 Stck.	Saarland
SB-A-855-02	PE-Schrumpfhäuben 1500/1250x2200x0,080mm	600 Stck.	Saarland
SB-A-858-02	Kunststoff-Fässer lebensmittelecht 150 – 250 l	regelmäßig	Saarland
VS-A-R-04/07-02	Leer-Embolagen Wir verkaufen günstig gebrauchte Leer-Emballagen, Material PE, Farbe natur, Vol. 5 l, UN-Zulassung – 1 x verwendet, REStinh. Pharma-Qualität, Stückzahl: 150-300 Stck.	300 Stck	Rottweil

	Holz		
DD-A-403-05	Sperrholzplatten, filmbeschichtet	300 Stck	Landkreis Kamenz
PF-A-107-05	Abschnitte aus Laubholz	Absprache	Loßburg
	Textilien		
AC-A-1001-06	gemischte Textilien	50 l	Aachen
	Gummi		
AC-A-997-07	PE-Schaumstoffabfälle, Zellkautschukabfälle	10 qm	Stolberg
	Pflanzliche und tierische Stoffe		
EF-A-02-2007-11	Reste von selbstklebenden Etiketten	5 t	Mittelthüringen
	Sonstiges/Verbundstoffe		
AC-A-1000-18	Schmelzklebstoff Thermogrip 9602 blau	914 kg	Standort Euskirchen
LU-A-1321-18	Ultraschall Waschanlage für Behälter 600x400x320 cm, umgebaut auf Trommeln, die sich in der Trockenkammer drehen	1 Stck	Contwig

Nachfragen

Chiffre-Nummer	Bezeichnung des Stoffes	Menge	Anfallstelle
	Kunststoffe		
AC-N-286-02	Kunststoffe allgemein		Abholung bundesweit
SB-N-361-02	Umreifungsbänder (PP, HDPE, ABS, CPF, LDPE-Natur Kanister, Monitorgehäuse, Big Bag, Kunststoffabfälle ohne PET und PVC	200 bis 400 t mtl.	bundesweit
	Metalle		
SB-N-346-03	Hartmetallschrott, gebrauchte VHM, Schleifschlamm aus VHM, auch Neumaterial	jede	bundesweit
	Papier/Pappe		
AC-N-287-04	gebrauchte stabile Wellpappe-Faltkartons	Absprache	Stadt & Kreis Aachen
	Sonstiges/Verbundstoffe		
SB-N-292-12	Elektronik und Elektronikschrott aller Art, Geräte und Bauteile	jede	bundesweit